Dienstag, 24. September 1929
11. Jahrg. Nummer 223

Arbeiter-Zeitung

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern"
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,60 Mk., monatlich 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 Mk., unter Streifband 3,06 Mk. Anzeigenpreis: Die zehngespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Reklamepreis: Die dreigespaltene Millimeterzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Schluß der Inseraten-Annahme u. der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

Hauptexpedition: Breslau 10, Krebshöfer Str. 50. Tel. 560 28. Postscheckkonto: Breslau 544. Redaktion: Breslau, Krebshöfer Straße 50. Tel. 239 02. Sprechzeit der Redaktion von 10—12, Montags bis Freitags von 17—18 Uhr. Filialexpeditionen: Gleiwitz, Oberstr. 26. Tel. 4085; Oppeln, Adalbertstr. 11. Tel. 2864; Görlitz: Lunitz 6, Telephon 2584. Geschäftszeit: von 8—19 Uhr. Gerichtsstand am Hauptverlagsort Breslau. — Verlag: Schles. Verlagsgesellschaft m.b.H., Breslau. — Druck: „Peubag" Berlin, Abt. Breslau, Krebshöfer Str. 50.

Um die Ursachen der Waldenburger Grubenkatastrophe

Unsere Anklagen bestätigt!

Das amtliche Gutachten endlich fertig / Ins Zuchthaus mit den Schuldigen!

Breslau, 24. September.

Das Oberbergamt Breslau teilt mit:

Die Grubensicherheitskommission für den Oberbergamtsbezirk Breslau und ihr Unfallausschuß für Niederschlesien haben heute (am 23. September D. Red.) unter Zuziehung der zuständigen Staatsanwaltschaft die Ursachen der am 29. Juli d. J. auf der Glückhilf-Friedenshoffnung-Grube erfolgten Verunglückung von 35 Bergleuten mit 33 Todesopfern erörtert. Zur Aufklärung der tatsächlichen Verhältnisse waren Vertreter der Werksverwaltung und Betriebsvertretung zugegen. Die Kommission hat auf Grund dieser Verhandlungen und der amtlichen Untersuchung folgende Auffassung gewonnen:

1. Die Explosion ist eine Schlagwetterexplosion, die im östlichen Teil des Hilfsberges I im Streb I Osten im siebenten Flöz ihren Anfang genommen hat. Sie ist fortgepflanzt worden unter Mitwirkung von Kohlenstaub (!) und örtlichen Schlagwettergemischen.

2. Die Ursache der Schlagwetterentzündung ist in einer Benzinarbeitslampe zu suchen, die nach dem Gutachten der Versuchsstrecke in Gerne nicht einwandfrei gebaut (!) war und, wie aus den Anlauffarben beider Drahtkörbe zu schließen ist, Schlagwetter gezündet hat. Anhaltspunkte dafür, daß mit der Lampe unvorsichtig umgegangen worden ist, sind nicht vorhanden.

3. Die Wetterzufuhr zu den Arbeitsorten war ungenügend, so daß das auftretende Grubengas nicht jederzeit abgeführt werden konnte. Die unzureichende Wetterführung ist zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß die bergpolizeilichen Vorschriften nicht voll beachtet worden sind.

*

Zwei volle Monate hat die Kommission gebraucht, um etwas festzustellen, was für die Waldenburger Bergarbeiter schon lange feststand, daß nämlich die Ursache der gräßlichen Katastrophe einzig und allein in der Nichtbeachtung der bergpolizeilichen Vorschriften und in der ungenügenden Bewetterung zu suchen ist. Auch die Feststellung, daß die Explosion unter Mitwirkung von Kohlenstaub fortgepflanzt wurde, hat die „Arbeiter-Zeitung" als einzige Zeitung überhaupt schon zwei Tage nach der Katastrophe gemacht.

Jetzt steht die Frage: Werden die Schuldigen zur Verantwortung gezogen? Die kommunistische Landtagsfraktion hat in einem Antrag gefordert:

1. **Den verantwortlichen Bergrevierbeamten des Bergreviers West-Waldenburg sofort auf dem Disziplinarwege ohne Pension seines Postens zu entheben, weil er diesen unerhörten Zustand geduldet und die Genehmigung zu diesem die Katastrophe herbeiführenden Zustand erteilt hat;**
2. **die Staatsanwaltschaft anzuweisen, gegen den Revierbeamten wegen Tötens von 30 Bergarbeitern sofort das Strafverfahren einzuleiten;**
3. **das Oberbergamt Breslau sofort anzuweisen, dem verantwortlichen Betriebsführer Titze der Grube Friedenshoffnung Schwesternschacht die Qualifikation als Grubenbeamter zu entziehen;**
4. **die Staatsanwaltschaft anzuweisen, gegen den Betriebsführer Titze sowie die Direktion der Friedenshoffnung-Grube ebenfalls ein Strafverfahren wegen Tötung von 30 Bergarbeitern einzuleiten, und die Beschuldigten wegen der Schwere des Verbrechens sofort verhaften zu lassen, um jede Verdunkelung der Schuld unmöglich zu machen;**
5. **alle Oberbergämter und Bergrevierämter sofort anzuweisen, damit der Abbau in allen sogenannten Unterwerksbetrieben und solchen, wo keine normale Bewetterung vorhanden ist, sofort eingestellt wird."**

Die Erfüllung der von der kommunistischen Landtagsfraktion aufgestellten Forderungen ist das Mindeste dessen, was sofort gemacht werden muß. Die Waldenburger Bergarbeiter haben keine Lust mehr, für einen Hungerlohn täglich ihr Leben aufs Spiel zu setzen. Sie fordern die Bestrafung der Schuldigen an dem Tode der 33 Kameraden.

Industrie, Republik, Reichswehr und Bomben

Die demokratische und sozialdemokratische Presse jubelt vor Freude: Herr Duisberg, der Führer des Chemietrusts und Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, hat auf seiner Düsseldorfer Tagung feierlich erklärt, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie „seine Stellung nicht gegen den neuen Staat, so wie er heute ist, oder neben ihm finden konnte, sondern nur in ihm und mit ihm". Die deutsche Bourgeoisie hat keine Ursache, der schwarzrotgoldenen Republik mit Mißtrauen zu begegnen — nie hat es in Deutschland ein Regime gegeben, das mit größerer Sorgfalt die „Belange der Wirtschaft" vertreten hat, wie die von der Sozialdemokratie geführte Koalitionsregierung. Und so konnte der Düsseldorfer Industriellen-Tag in Uebereinstimmung mit führenden Organen sämtlicher Regierungsparteien als die zentrale Frage der deutschen „Wirtschaft" die „Erleichterung der Kapitalsbildung", das heißt die Steigerung der Ausbeutung der Arbeiterschaft (wozu der Abbau der Erwerbslosenunterstützung eine Hauptvoraussetzung bildet) und die Beseitigung aller Besitzsteuern verkünden. In der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" veröffentlichte Dr. Schlenker, einer der Theoretiker der Industriellen-Verbände, einen Begrüßungsartikel mit der bezeichnenden Ueberschrift: „Durch Finanz-Reform zur Kapitalsbildung." Unter ausdrücklicher Berufung auf amtliche Aeußerungen der Regierung heißt es dort:

„Der preußische Handelsminister Dr. Schreiber hat mit seiner auf dem Getreidehandelstag in Magdeburg am 1. September getroffenen Feststellung nur zu recht, daß wir „in Deutschland unter einer Ueberteuerung leiden, die der Wirtschaft die Konkurrenz mit dem Auslande unnötig erschwert und die Bildung des notwendigen Kapitals einfach unmöglich macht". Es genügt nicht, die Ersparnisse aus dem Young-Plan unter die Steuerpflichtigen aufzuteilen, es genügt deshalb auch nicht, den überspannten Einkommensteuer-Tarif etwas auseinanderzuziehen und zu mildern und die von der Wirtschaft so besonders drückend empfundenen Realsteuern um einiges herabzusetzen. Nicht Stück- und Flickwerk, sondern ganze Arbeit muß geleistet werden. Sofortige Aufhebung der Industriebelastung des Dawes-Planes — die de facto eine zusätzliche Vermögensbesteuerung aller gewerblichen Betriebe mit einem 20.000 Mark übersteigenden Betriebsvermögen ist —, Beseitigung der Rentenbank-Belastung, erhebliche Auseinanderziehung und Senkung des Einkommensteuer-Tarifs, Aufhebung des Steuerabzuges vom Kapitalertrag, weitgehendster Abbau der Realsteuern, eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Steuerbewertung als Grundlage der Vermögenssteuer, Milderung der Kapitalverkehrssteuern, das sind alles notwendige Maßnahmen, die im Rahmen einer auf die Kapitalbildung Bedacht nehmenden Finanz- und Steuerreform durchgeführt werden müssen. Ein gewisser Ausgleich für die über die Ersparnisse auf dem Young-Plan entstehenden Einnahmeausfälle dürfte doch wohl in einer stärkeren Ausschöpfung der in dem entbehrlichen Konsum von einzelnen Verbrauchsgütern gelegenen Steuerquellen gefunden werden können."

Die besondere Funktion der deutschen bürgerlichen Republik und ihrer sozialdemokratischen Minister besteht darin, zur „Förderung der Kapitalsbildung" die Massensteuern zu erhöhen, damit die Besitzsteuern noch über das durch die Ersparnisse des Young-Planes ermöglichte Maß hinaus abgebaut werden können. Die besondere Funktion der Sozialdemokratie besteht darin, den Arbeitern alle Opfer, die ihnen im Interesse des Kapitals auferlegt werden, als „notwendigen Preis" für die Erhaltung der republikanischen Regierung vorzuschwindeln. Die besondere Funktion der Bombenattentäter besteht darin, die Sozialdemokratie in dieser ihrer Demagogie zu unterstützen, den Anschein zu erwecken, als bestehe zwischen dem Sozialfaschismus und anderen faschistischen Gruppen ein wesentlicher politischer Gegensatz, als sei es notwendig, die „bedrohte" Republik zu schützen, sich zu diesem Zweck um ihre schwarzrotgoldene Regierung zu scharen und dem Moloch Kapital alle zum Schutze der Koalitionsregierung notwendigen Opfer zu bringen. Die gemeinsame Funktion der Bombenwerfer und der sozialdemokratischen Minister besteht darin, mit verteilten Rollen das neue Republikschutzgesetz vorzubereiten, durch das die Arbeiterschaft geknebelt, durch das ihre Rebellion gegen die nach den Befehlen des Industriellen-Tages gesteigerte Ausbeutung unterdrückt werden soll.

Die Reichswehr ist das wichtigste und stärkste Mittel zur Niederwerfung der Arbeiterklasse. Sie steht im Hintergrunde.

Die neuen Kämpfe in China

London, 23. September. Nach hier vorliegenden Nachrichten soll es zehn Meilen unterhalb von Itschang in der Provinz Hupe zu Kämpfen zwischen Truppen der Nationalregierung und den Streitkräften aufständischer Generale gekommen sein. Die von Tschangkaischek gegen die aufständischen Generale entsandte vierte (eiserne) Division soll zu den Aufrührern übergegangen sein. Die Division soll sich von Itschang auf dem Marsche nach Süden befinden, um sich dort den Kwangsi-Streitkräften anzuschließen. Die Kwangsi-Generale planen einen Angriff auf Kanton.

Tokio, 23. September. Wie verlautet, ist auch in der Provinz Fukien ein Aufstand gegen die chinesische Zentralregierung ausgebrochen. Der Befehlshaber der Aufständischen, General Tschengsoguja, habe die Städte Jungtschun und Tschangtschau besetzt.

Wie gemeldet wird, hat der Oberbefehlshaber der chinesischen Truppen, General Wufuli, die Selbständigkeit der Provinz Hupe erklärt. Die Provinz hat eine neue Regierung gebildet und wird ihre Beziehungen mit der Nanking-Regierung abbrechen und eine selbständige chinesische Armee bilden. Der Sitz der neuen Provinzialregierung wird vorläufig Ichang sein. Der Oberbefehlshaber erklärte weiter, daß er die sofortige Auflösung der Nanking-Regierung mit Marschall Tschangkaischek an der Spitze verlangen werde.

Die amtliche japanische Telegraphen-Agentur hat eine Nachricht aus Peking erhalten, daß die Provinz Guansi der Nankinger Regierung mitgeteilt hat, daß sie ihre Beziehungen zu der Nanking-Regierung abgebrochen hat. Die Truppen der Guansi-Regierung versuchen, sich mit der Schantung-Provinz in Verbindung zu setzen, um dort einen gemeinsamen Kampf gegen Tschangkaischek zu führen.

Wie aus Schanghai gemeldet wird, haben die Truppen des Generals Changfahkweni bei Itu, 20 Meilen von Ichang entfernt, ein Truppentransportschiff der „Nationaltruppen", das von Hadnau nach Ichang unterwegs war, beschossen und zur Umkehr gezwungen.

Nähere Einzelheiten über den Charakter der Kämpfe fehlen noch.

SPDe. für Schober-Diktatur

Wien, 24. September. (Eig. Bericht.) Herr Schober, der Arbeitermörder des 15. Juli 1927, gibt nun Tag für Tag, um seine Eignung als „Ordnungsminister" zu beweisen, Erklärungen über seine unbedingte Verfassungstreue ab. Die Sozialdemokratie begrüßt ihn demgemäß als den Mann der „Verständigung". Darüber, wie diese Verständigung aussehen wird, gibt nun ein Artikel des im Dienste der Heimwehren stehenden „Neuen Wiener Journals" Auskunft: Im Schober-Kabinett soll ein Christlich-sozialer Vizekanzler werden, ebenso soll der Heeresminister Vaugoin im Kabinett verbleiben, in das aber außerdem noch zwei Heimwehrführer eintreten werden. Die genaue Aufstellung der Ministerliste spricht für einen fast völligen Abschluß der Vorverhandlungen, die „Vossische Zeitung" meldet unter dem 21. September, daß nach ihren Informationen der freiwillige Rücktritt des Bundeskanzlers Streeruwitz und die Bildung der Schober-Regierung für Ende der nächsten Woche zu erwarten sei. Offensichtlich ist die österreichische Sozialdemokratie entschlossen, diese „Regierung der starken Hand", wie sie das Heimwehrorgan bezeichnet, als eine starke „Ordnungsregierung" zu begrüßen und die Arbeiterschaft kampflos dem Faschismus auszuliefern, sich nach Kräften an seiner Durchführung sogar zu beteiligen. Das „Reichsbanner" gibt die Meinung seiner österreichischen Genossen durchaus getreu wieder, wenn es als „die stärkste Form der Kriegsführung, die Verteidigung" bezeichnet. Die „Verteidigung" der Demokratie durch den Herrn Schober mit Billigung der Sozialdemokratie ist sicherlich die beste Form der Kriegsführung — vom Standpunkte der Bourgeoisie. Alles hängt nun davon ab, daß die österreichischen Arbeiter angesichts des bevorstehenden faschistischen Umsturzes verstehen, daß der Angriff die beste Art der Verteidigung ist, daß niemand außer der Kommunistischen Partei sie auf dem Wege des Gegenangriffs führen kann und daß die tatkräftige internationale Solidarität des Proletariats ihnen zur Seite stehen wird.

des neuen Republikschutzgesetzes, das durch die kombinierte Aktion der Bombenwerfer und Sozialfaschisten vorbereitet wird. Ist es da ein Wunder, wenn sie nicht nur offiziell (in der Koalitionsregierung) mit den Sozialfaschisten und den Großindustriellen, sondern „inoffiziell" auch mit den Bombenfaschisten zusammenarbeitet? Durchaus nicht, alle Glieder des bürgerlichen Unterdrückungsapparates greifen ineinander: die Bourgeoisie braucht Unterstützungsraub und Steuererleichterung, die Sozialdemokratie braucht zur Deckung der Erfüllung dieser kapitalistischen Bedürfnisse und zur Niederhaltung der proletarischen Abwehrbewegungen einen verschärften Terror gegen die Arbeiterschaft, den sie mit Hilfe der Bombenattentäter rechtfertigt, mit Hilfe der Reichswehr durchführt. Und mit der Unterdrückung des Proletariats steigert sich seine Gegenaktion — bis zur Revolution, die nur durch Zusammenarbeit von Reichswehr, Sozialfaschismus und Nationalfaschismus bekämpft werden kann. Also ist es ganz logisch, daß einer den anderen deckt und daß sie bei aller scheinbaren „Bekämpfung" der „Faschisten" bzw. „Volksverräter" einander in die Hände arbeiten. Ihre gemeinsamen Auftraggeber sitzen in Düsseldorf und bekennen sich zur schwarzrotgoldenen Republik, der besten Trägerin des faschistischen Terrors. Im Kampfe gegen die schwarzrotgoldene Republik, ihre Reichswehr und ihre Faschisten wird die deutsche Arbeiterschaft die Herren der Republik, das Finanzkapital, schlagen, die Expropriateure expropriieren.

„Waffen und Munition bei Kommunisten beschlagnahmt"

Auf Veranlassung von Mitgliedern der KPD. wurde bei dem Tischler Massow in Greifswald eine Haussuchung nach Waffen vorgenommen. Es wurden gefunden: ein Revolver mit hundert Schuß, eine große Anzahl Munition für Modell 71 und Modell 98, leere Jagdpatronen, vier bis fünf Pfund Pulver und Handwerkszeug zum Füllen der Patronen. Die Sachen waren in zwei Schränken verwahrt. Massow steht dem Stahlhelm nahe. Daraufhin hat der Stahlhelm in Greifswald das Gerücht in Umlauf gesetzt, bei Kommunisten seien Waffen und Munition beschlagnahmt worden.

Die Partei marschiert

Anläßlich einer Werbewoche für Partei und Presse trat in Barienstein in Ostpreußen der sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete und Magistratsmitglied, der Vorsitzende des Ortsausschusses des ADGB., Grünberg, aus der Sozialdemokratischen Partei aus und der Kommunistischen Partei bei. — In Labiau wurden am ersten Tage der Werbeaktion vier Arbeiter neu in die Partei aufgenommen und fünf Abonnenten für das „Echo des Ostens" gewonnen.

Vorbereitung der SPD. zum Wahlkampf

Der Polizeipräsident von Essen stellte dem Kommunistischen Jugendverband ein Schreiben zu, in dem er das Verbot des KJVD. und das Verbot geplanter Kundgebungen ankündigt. Diese Maßnahme ist offenbar der Auftakt zur Verfolgung der Partei im bevorstehenden Wahlkampf. — Dieser Tage rückten mehrere Abteilungen der Oberhausener Schupo schwerbewaffnet zu Uebungen aus. Die Mannschaften waren mit Karabinern und Stielhandgranaten ausgerüstet und von Panzerwagen und Radfahrertrupps begleitet. Zörgiebel, Severing und Grzesinski rüsten zum Bürgerkrieg!

Provokatorisch mildes Urteil

Berlin, 24. September. Wie der Abend-„Vorwärts" vom 23. September aus Hannover berichtet, verurteilte das Lüneburger Schöffengericht am Sonnabend zwei mit den kürzlich gemeldeten Waffenfunden im Kreise Winsen im Zusammenhang stehende Personen zu je einer Woche Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist. Die Oeffentlichkeit wurde wegen angeblicher Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Die im Kreise Winsen gemeldeten Waffenfunde standen in engster Verbindung mit der Landvolkbewegung und mit der Organisierung der Bombenattentate. Das Urteil — eine Woche Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist — ist ein Vorgeschmack für die Urteile, die die republikanische Justiz gegen die Handlanger der Bombenattentäter fällen wird.

Neue Erhöhung der Altmieten

Auf verschiedenen Tagungen haben der preußische Wohlfahrtsminister Hirtsiefer und seine rechte Hand, der Staatssekretär Scheidt, in den letzten Monaten eine neue Erhöhung der Altmieten angekündigt. Man hofft, die Neubaumieter, die wegen der untragbaren Mieten überall rebellieren, damit zu beruhigen, daß man die Mieten in den Altwohnungen den Neubaumieten angleicht. Mit der Erhöhung der Altmieten soll einmal die Erhöhung der Hauszinssteuer verbunden werden, damit die Hauszinssteuerhypotheken für Neubauwohnungen etwas erhöht werden können. Zum anderen soll aber ein Teil der Mietenerhöhung den Hausbesitzern zugute kommen, deren Zustimmung zum preußischen Konkordat mit dem Versprechen einer Mietenerhöhung und der weiteren Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft von den Parteien der Weimarer Koalition erkauft wurde.

Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen wird jede beabsichtigte Erhöhung der Altmieten von der preußischen Regierung zu leugnen versucht. Im Anschluß an eine Rede des Staatssekretärs Scheidt auf der Schlesischen Siedlungs- und Heimstättenwoche dementiert das preußische Wohlfahrtsministerium neuerdings die von Scheidt angekündigte Erhöhung der Altmieten. In diesem Dementi wird aber gleichzeitig erklärt, daß die Mietpolitik des Wohlfahrtsministeriums dahingeht, die Mieten für die Altwohnungen „allmählich denen für neue Räume anzugleichen". Das Dementi ist demnach die offizielle Bestätigung der von Hirtsiefer und Scheidt wiederholt angekündigten Erhöhung der Altmieten.

Nach den Gemeindewahlen soll zunächst eine 20prozentige Mietenerhöhung erfolgen und spätestens im nächsten Frühjahr wird eine weitere Steigerung um 20 Prozent eintreten. Bekanntlich laufen am 31. März 1930 die Mieterschutzgesetze wie auch das Hauszinssteuergesetz ab. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Gelegenheit benutzt wird, um die Mieter gründlich zu schröpfen und sie der Willkür der Hausbesitzer auszuliefern. Durch die Massenmobilisation der Mieter kann allein das geplante Attentat verhindert werden. Die Zersplitterung der Mieterbewegung erschwert die Führung eines geschlossenen Kampfes gegen die Erhöhung der Altmieten, für den Ausbau des Mieterschutzes und für tragbare Mieten in den Neubauwohnungen. Die Mieterorganisationen werden aber auch nur dann wirksame Kampfmaßnahmen treffen können, wenn die sozialfaschistischen Leitungen durch proletarische Leitungen ersetzt werden. Es muß deshalb Aufgabe aller proletarischen Mieter sein, in den Mietervereinen für die Beseitigung der reformistischen Führer zu kämpfen. Die Beseitigung der reformistischen Leitungen in den Mieterorganisationen ist auch Voraussetzung für die Schaffung einer einheitlichen Mieterbewegung in Deutschland. Bei den bevorstehenden Kommunalwahlen bietet sich Gelegenheit, die Mieter- und wohnungspolitischen Fragen vor dem Forum der werktätigen Bevölkerung aufzurollen und mit der Mieter- und Wohnungspolitik der Sozialfaschisten abzurechnen. Am 17. November kann für die Mieter auch nur die Parole lauten: Wählt Kommunisten!

Der „Vorwärts", Steigbügelhalter des Faschismus

Berlin, 21. September. Die Zusammenstöße zwischen Hakenkreuzlern und Kommunisten in Neukölln geben dem Abend-„Vorwärts" vom 23. September Veranlassung, gegen die Kommunisten zu hetzen und so für die „angegriffenen" Nationalsozialisten Stellung zu nehmen. Selbst die Tatsache, daß aus dem Auto des nationalsozialistischen Abgeordneten Goebbels geschossen wurde, und daß die Polizei bei der Durchsuchung einen Revolver und eine Menge von Patronen fand, hält den Abend-„Vorwärts" nicht ab, die revolutionäre Arbeiterschaft in ihrem Kampf gegen das Hitler-Rowdytum zu beschimpfen.

Berliner Rohrleger demonstrieren

Berlin, 21. September. In den Nachmittagsstunden des 23. Septembers fand eine machtvolle Demonstration der Rohrleger statt, die auf dem Bülowplatz eine Kundgebung abhielten. Die Demonstration und Kundgebung waren der sichtbare Ausdruck für den ungebrochenen Kampfwillen der streikenden Rohrleger, die sich auch durch die Streikbrucharbeit der reformistischen DMV.-Bürokratie nicht unterkriegen lassen.

Württembergische Betriebsräte beschließen Proteststreik

Eine Betriebsrätevollversammlung, einberufen vom Ortsausschuß des ADGB., in Böblingen, Württemberg, nahm auf Antrag der revolutionären Betriebsräte von Daimler-Bindelfingen einen Antrag an, den Kampfwillen der Arbeiter gegen den Unterstützungsraub an den Erwerbslosen durch einen halbstündigen früheren Arbeitsschluß zum Ausdruck zu bringen. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ferner wurde beschlossen, nach Betriebsschluß eine Demonstration durchzuführen.

Die Hauptbelastungszeugen selbst die Mörder?

TU. Berlin, 23. September. Ueber die Unterbrechung des Halsmann-Prozesses vor dem Innsbrucker Schwurgericht wird jetzt bekannt, daß gegen Ende voriger Woche von zwei Touristen oberhalb der Mordstelle eine Axt aufgefunden wurde. Die Gendarmerie übernahm die Bewachung der Axt, bis am Sonnabend ein Gerichtsausschuß an der Mordstelle erschien und die Axt beschlagnahmte. Es wurde festgestellt, daß die Axt aus dem Besitz des Breitplaner Gastwirts Wilhelm Eder stammt, eines Bruders des Kronzeugen, des Wirtes der Dominikushütte. Die Untersuchung dreht sich jetzt fast ausschließlich um diesen seltsamen Fund.

Der französische Gewerkschaftskongreß beendet

Der Kongreß der Unitären Gewerkschaften Frankreichs hielt am Sonnabend seine letzte Sitzung ab. Morgens wurde sie von verschiedenen Betriebsdelegationen begrüßt, die die während der Arbeiten der Tagung festgelegte wichtige politische Linie billigten. Die Bestimmung der Exekutive, an der teilzunehmen die Minderheit abgelehnt hatte, gab ihr Anlaß zur Erneuerung ihres schwächlichen Angriffes, der durch die Intervention Claveries kurzerhand zurückgeschlagen wurde. „Wir betrachten eure Weigerung als ein Zurückweichen vor den Repressalien der Regierung."

Alle eingebrachten Resolutionen wurden fast einstimmig angenommen. Am Schluß der Sitzung hielt Citton, der begeistert begrüßt wurde, das Schlußwort, in dem er eine Parallele zwischen den beiden Gewerkschaftskongressen zog, die eben gehalten worden sind: dem reformistischen Kongreß, der von der Regierung und der bürgerlichen Presse offen unterstützt wurde, und dem der revolutionären Gewerkschaften, überwacht und verfolgt von der Polizei. Der Redner schloß mit den Worten Wir werden auch in Zukunft in den ersten Reihen des revolutionären Kampfes stehen.

Habib Ullah in Bedrängnis

TU. London, 23. September. Berichten aus Peschawar zufolge ist die Lage in Kabul außerordentlich kritisch. Es herrscht ein großer Mangel an Lebensmitteln sowie an Soldaten und Geld. Sämtliche Truppen befinden sich an der Front, um die Stellung Habibullahs zu verteidigen. Habibullah hat die von Amanullah gedruckten Noten in Umlauf gesetzt und außerdem eine Kupfer- und Lederwährung eingeführt. Die Duranis, die Kandahar erobert haben, haben General Nadirkhan um Hilfe gebeten, um die Stadt halten und ihren Vormarsch auf Kabul fortsetzen zu können.

Kein Autounfall des Reparationsagenten

TU. Berlin, 23. September. Wie sich herausgestellt hat, beruhen die amerikanischen Meldungen über den Autounfall des Reparationsagenten Parker Gilbert auf einer Verwechslung. Nicht der Reparationsagent, sondern der englische Schriftsteller Gilbert Parker ist bei einem Autounfall in Kalifornien verletzt worden.

ANNA

IVAN OLBRACHT

Das Mädchen vom Lande

DER ROMAN EINER ARBEITERIN

Internationaler Arbeiterverlag, Berlin O 25

52

In der dumpfen Stille las der Obmann weiter:

„Zweite Hauptfrage: Ist Milan Iwanowitsch schuldig?"

Und nun folgten einunddreißig Fragen wegen Raubes, Diebstahls, Betruges, Urkundenfälschung, Falschspiels, Einbruchs, Kuppelei, falscher Anmeldung, Ueberschreitung des Waffenverbots, Hasardspiels usw.

Die einstimmige Antwort war: Ja.

Die Geschworenen hatten die Absicht des Staatsanwalts vollauf begriffen; auch sie kamen zu der Ueberzeugung, daß Iwanowitsch, selbst wenn man ihn des Raubmordes nicht überführen konnte, ein gefährliches Individuum sei, dem man auf der anderen Seite zulegen mußte, was auf der einen nicht reichte.

Zwölf Stimmen Ja.

Zwölf Stimmen Ja.

Zwölf Stimmen Ja.

Iwanowitsch verstand die Verhandlungssprache soweit zur Genüge. Sein Kopf sank tiefer und tiefer, und seine Augen blickten tot vor sich hin.

Den Urteilsspruch wartete Jandak nicht mehr ab. Er stellte fest, daß es ein Viertel nach vier war und daß er höchste Eile hatte. Er lief aus dem Gerichtssaal hinaus. Das Strafmaß erfuhr er erst am nächsten Tage aus den Zeitungen. Iwanowitsch wurde zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, die übrigen Angeklagten zu einem bis zu fünf Jahren. Von den Angeklagten ging nur einer straflos aus, der ehemalige Honvedkadett Czengery Lajjilo. Unter den Geschworenen waren sechs Frauen, und der Baron Czengery Lajjilo war ein schöner Jüngling, dessen ungezwungenes Wesen ihn sympathisch machte. Seine rabenschwarzen Haare, seine feurigen Augen waren zu schön — und überdies sprach er als einziger fließend die Landessprache, während die anderen sie nur radebrechten.

Der Abgeordnete Jandak eilte aus dem Gerichtsgebäude hinaus und sprang auf ine Straßenbahn, die eben angefahren kam. Er fuhr zum Unterrichtsministerium. Das Lächeln nach dem Urteil der Geschworenen saß noch auf seinen Lippen, aber er hatte keine Zeit mehr, an den Prozeß zu denken. Es kam häufig vor, — und darin lag die Annehmlichkeit seines Lebens, daß Eindruck auf Eindruck folgt, und daß er erst daheim, im Bett, Zeit hatte, zu ordnen und zu vergleichen.

Der Minister, ein Parteigenosse, hatte ihn zu sich gebeten. Das war sehr sonderbar. Was konnte der Minister ihm, dem Revolutionär Jandak, sagen, wo sie sich doch morgen trennen würden?

Der Abgeordnete hatte seinen Augen nicht getraut, als er des Morgens den Brief des Ministers erhalten hatte, der mit kleinen kräftigen Buchstaben geschrieben war, in denen noch die ursprüngliche Schwerfälligkeit des Arbeiters gewahrt blieb, die aber in letzter Zeit seltsame Schnörkel ansetzten. Der Brief sagte nichts über den Zweck des Besuches, er enthielt nur eine freundschaftliche Bitte um eine Unterredung in „dringender Angelegenheit".

Es war kein Anlaß, nicht hinzugehen.

Der Minister altert. Seine neue Würde macht ihn gesprächig, und wenn der Besuch sonst keinen Zweck hat, wird vom Minister doch einiges zu erfahren sein.

Der Portier des Barockpalastes in der Karmelitergasse war orientiert, der Amtsdiener gleichfalls. Der Minister begrüßte den Abgeordneten herzlich, und sein Händedruck war freundschaftlich.

„Verzeih, bitte", sagte er aufrichtig und warm, „ich hätte dich selbst aufgesucht, aber ich bin von morgens bis abends eingespannt, es ist zum Verzweifeln, wieviel Arbeit ich habe, und wenn ich nur für kurze Zeit in den Exekutivausschuß der Partei gehe, muß ich gleich in der Nacht nacharbeiten."

Jandak lachte ein wenig hoshaft. Er wußte das. Man überhäufte die Arbeiterminister mit einer Flut unnötiger Arbeit, damit sie die Verbindung und den Zusammenhang mit dem Proletariat verlieren.

„Du warst noch nie hier", erinnerte sich der Minister.

„Nein, du hast es sehr nett hier." Jandak blickte umher, und das Lächeln, mit dem er eingetreten war, verließ ihn nicht.

„Komm, ich zeige dir, wie wir uns eingerichtet haben."

Der Minister führte den Gast durch die Säulen- und Karyatidenpracht des Palastes, durch weiße Gänge und Säle, die in Büroräume des „Ministeriums für Kultus und Unterricht" umgewandelt waren. Er zeigte ihm die Teppiche, Gobelins, Bibliotheken, die Bilder mittelalterlicher und moderner Meister, und seine zufriedene Stimme und seine Augen, die vor Freude glimmten, sprachen:

„Sieh, Genosse Jandak, das ist die Demokratie! Hier fanden früher die Beratungen der feudalen Tyrannen statt, hier berieten sie, wie man das Volk noch besser knechten und ausbeuten könnte. — Und nun kennen wir hier keinen anderen Gedanken als den, wie man dem Volk am besten dienen kann. Hier herrschte noch vor zwei Jahren mittelalterliches Dunkel, jetzt ist das Ministerium für Unterricht hier untergebracht. Hier regierten noch vor kurzem fremde Fürsten, die Fürsten Kamil und Alaine Rohan. Jetzt befehle ich hier, Gustav Habermann, ehemaliger Drechsler, der in den achtziger Jahren vier Jahre Zuchthaus wegen Komplotts gegen die Sicherheit des Staates absitzen mußte!"

Und als er die Holzschnitte eines modernen Zeichners zeigte, fragten seine Augen:

„Siehst du, wie ich die moderne Kunst fördere? Unsere Künstler werden nicht mehr, wie in der Monarchie, hungern müssen, die Kunst wird unter unserer Arbeiterhand aufblühen."

Und der bange, traurig-ernste Blick, den er im Gobelinsaal auf Jandak heftete, bedeutete: Ist es tatsächlich möglich, daß sich in unserem Land ein Verbrecher oder Irrsinniger findet, der diese schwer errungene Freiheit vernichten wollte? Ist es möglich, daß er sich in den Reihen der Arbeiter finden würde, denen unser Herz und unsere ganze Arbeit gehört?

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik, Beilagen, Sport und Niederschlesien Alfred Thomas, Breslau; für Waldenburg, Gewerkschaft und Betrieb Wilhelm Bielwald, Breslau; für Oberschlesien Gerhard Schulz, Gleiwitz; für Inserate Aug. Reimann, Breslau

Die Bezirkstagungen des Jugendverbandes

Die Konferenz der schlesischen Organisation

Die Bezirkskonferenz des KJVD. hat die Aufgaben, die ihr gestellt waren, erfüllt. Wir befinden uns in dem Prozeß der Entwicklung der Kampfesmethoden, die Gewähr geben für die Eroberung der Mehrheit der proletarischen Jugend. Die Bedeutung der proletarischen Jugend in der Produktion ist ungeheuer gewachsen. Immer zahlreicher werden die Fälle, wo junge Arbeiter bei Streiks, politischen Kämpfen an führender Stelle stehen. Der Kommunistische Jugendverband hat die Aufgabe, die revolutionäre Entwicklung der jungen Arbeiterschaft zu fördern und zu führen.

Unsere Bezirkskonferenz mußte deshalb all die Fragen behandeln, die bei der Umstellung unserer Organisation zur Massenarbeit entstehen. Die ausgedehnte Diskussion — über 30 Delegierte sprachen zu den Referaten —, die kritischen Betrachtungen über unsere bisherigen Arbeiten waren Zeugnis dafür, daß unsere Genossen die Aufgaben, die vor uns stehen, begriffen haben.

In seinem politischen Referat kennzeichnete der Genosse K. die sich steigernde Krise der kapitalistischen Gesellschaft, das damit verbundene Wachsen der imperialistischen Kriegsgefahr, die faschistische Rolle der Sozialdemokratie. Die Kriegsgesetzgebung der Bourgeoisie wurde ausführlich behandelt. Das konkrete Material, mit dem der Referent die faschistische Tendenz der einzelnen Gesetze behandelte, gab den Delegierten Anregung, auch in Schlesien die Auswirkung der Kriegsgesetzgebung (Arbeitsschutz, Bergbau, Schmutz und Schund, Lustbarkeit usw.) unter der Arbeiterjugend zu untersuchen, um so die proletarische Jugend noch besser auf die Gefahr dieser Gesetze für das Proletariat aufmerksam machen zu können. Die Offensive, welche die Bourgeoisie führt, muß zurückgeschlagen werden durch den organisierten Kampf der Arbeiterjugend unter Führung des Kommunistischen Jugendverbandes, damit muß verbunden sein der Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Mit der wachsenden Linksbewegung der Arbeiterjugend bei wirtschaftlichen und politischen Streiks hat sich gezeigt ein Tempoverlust des KJV., der die Führung dieser spontanen Bewegung gegen die Unterdrückung und Ausbeutung nicht immer organisierte und übernahm und somit nachhinkte.

Eine entschiedene Wendung in den Methoden unserer Arbeit, das Schaffen einer wirklichen Verbindung mit der revolutionären Entwicklung der jungen Arbeiterschaft nur kann die führende Rolle des KJVD. sichern. Der Genosse entwickelte anschließend die Aufgaben, die vor uns stehen.

Die Diskussion der Delegierten war außerordentlich inhaltsreich und bewies, daß ein ernsthaftes Beschäftigen mit den politischen Fragen vorhanden ist.

Im 2. Punkt der Tagesordnung gab der Genosse Sch. den Bericht über die Arbeiten seit der Januar-Bezirkstagung. Er zeigte ferner die praktischen Aufgaben, die der schlesische Verband durchzuführen hat, um die Wendung zur Massenarbeit zu verwirklichen. Er behandelte dabei die falschen Auffassungen, die einzelne Genossen bei der Behandlung unserer Verbandsarbeit hatten. Durch eine klare Widerlegung dieser Auffassungen sei es uns bereits gelungen, die Genossen von der Falschheit ihres Standpunktes zu überzeugen. Die Einheitlichkeit des Verbandes ist gesichert. Die Renegaten des KJV. bemühen sich umsonst, unsere Organisation zu zerschlagen. Die Verbandsarbeiter sind sich klar, daß der Prozeß zum bolschewistischen Arbeitssystem zur Eroberung der Mehrheit der proletarischen Jugend nur über die aktive Arbeit eines jeden Jugendgenossen vor sich gehen kann. Wir alle müssen selbst umlernen, durch ständige Selbstkritik uns verbessern. Die Kommunalwahlen, der Antiimperialistische Kongreß werden Prüfungen sein, wie weit unsere Stärke zur Mobilisierung des Jungproletariats gewachsen ist.

An der Diskussion beteiligten sich 22 Genossen. Sie war der Beweis für den festen Willen der Verbandsarbeiter, unsere Organisation zur bolschewistischen Arbeit zu erziehen und den Kampf um die Führung der Jungarbeiterschaft aufzunehmen.

Diese Bezirkskonferenz war ein wichtiger Hebel zur Weiterentwicklung unserer Organisation und wird in der Geschichte unseres schlesischen Verbandes eine der bedeutendsten sein.

Oberschlesien

Am Sonntag wurde in Mikultschütz die Bezirkskonferenz des Kommunistischen Jugendverbandes Oberschlesien eröffnet. Vertreter der Partei, Jugend und des Jungspartakusbundes begrüßten die Delegierten aus den Betriebs- und Straßenzellen. Das Referat des Genossen Ruding zur politischen Lage und zu den Beschlüssen des 10. Plenums sowie das Referat über die Lage des Bezirks Oberschlesien, Selbstkritik, Wendung und die nächsten Aufgaben, die Genosse Franz Phillip aufzeigte, wurden zum Mittelpunkt der Diskussion. Sie zeigte den schweren Kampf der Delegierten gegen die vorhandenen Fehler und Mängel in der praktischen Arbeit des Verbandes. Der bolschewistische Kampfwille, die Erkenntnis über die Bedeutung der Beschlüsse des 5. KJI.-Kongresses zur Frage der Wendung fand ihren Ausdruck in der einmütigen Annahme der Resolutionen.

Einen Auszug aus der politischen Resolution werden wir morgen veröffentlichen.

Schafft Munition

für den Kommunalwahlkampf
Vertreibt die Kampffondsmarken
Sammelt für den Kampffonds der Partei
Zahlungen auf Postscheck-Konto Breslau Nr. 738, Ernst Wollweber, M. d. L.

Landeskonferenz der IAH. Schlesien

Seit Jahren hat die IAH. Schlesien keine solch gute Landesarbeitskonferenz gehabt, wie am vergangenen Sonntag in Breslau. Nicht etwa nur, weil die Zahl der zu vertretenden Ortsgruppen gestiegen ist, sondern auch das politische Niveau der Delegierten stand hoch. Vertreter der KPD., der Roten Hilfe Deutschlands und des Roten Frauen- und Mädchenbundes hielten Begrüßungsansprachen im Sinne einer gemeinsamen Arbeit im Interesse der Werktätigen.

Der Genosse Dünninghaus, als Vertreter des Reichsausschusses, sprach über die Aufgaben der IAH. bei Wirtschaftskämpfen. An Hand von Tatsachen konnte er aufzeigen, daß der IAH. im Laufe der Jahre erhöhte Aufgaben gestellt wurden. Der Charakter der Wirtschaftskämpfe brachte auch eine Umgestaltung der Arbeiten der IAH. mit sich. Nicht nur, daß die Aufgaben bei den Wirtschaftskämpfen größer geworden sind, sondern auch auf dem Gebiete der Kinderhilfe und der Sozialpolitik. Damit hat sich die Internationale Arbeiterhilfe ein Ziel gesetzt, das weit über den Rahmen vieler anderer proletarischer Organisationen hinausgeht. Genosse Dünninghaus weist weiter auf die Tatsache hin, daß immer offensichtlicher der reformistische Flügel innerhalb der Arbeiterbewegung den Weg zur endgültigen Verschmelzung mit den Faktoren des kapitalistischen Staates geht.

Die Kampfperiode der Arbeiterschaft bis zur dritten Reichskonferenz der IAH. ist nicht nur als ein Radikalisierungsprozeß zu bewerten, sondern als erster Schritt eines Prozesses der Klärung, der als solcher unzweifelhaft der Auftakt zur allgemeinen Linksentwicklung ist. Kreise aus allen Schichten der Hand- und Kopfarbeiter stoßen zur IAH. Die großen Schichten der Unorganisierten sind heute nicht desinteressiert. Das Sammelbecken, das die IAH. darstellt, ist zugleich für alle neugeworbenen Mitglieder der erste Schritt zur planmäßigen Schulung für die proletarische Bewegung überhaupt. Die Auswertung muß sein in Schlesien: im nächsten Vierteljahr der Organisation 1000 neue Mitglieder zuzuführen.

Alle Diskussionsredner gaben im zustimmenden Sinne Erklärungen ab. Ganz besonders die Vertreter aus Liegnitz, Ruhbank und Neusalz konnten sofort bindende Zusagen machen, daß IAH.-Ortsgruppen im Aufbau begriffen sind. Nach einer sehr ausgedehnten Aussprache wurde von der Landesarbeitskonferenz ausgedehnten Aussprache wurden von der Landesarbeitskonferenz folgende Anträge einstimmig angenommen:

Die IAH. und Kommunalwahlen

Die am 22. September tagende Landesarbeitskonferenz des Bezirks Schlesien nimmt Stellung zu dem Verhalten der einzelnen Parteien und stellt fest, daß nur die KPD. wirklich die Interessen der werktätigen Bevölkerung in den Parlamenten und Kommunen vertreten hat. Die anwesenden Delegierten, Parteilose, Organisierte und Unorganisierte sowie Mitglieder der KPD. appellieren an die Mitglieder der IAH., überhaupt alle Werktätigen, am 17. November nur der Liste der KPD. ihre Stimme zu geben, und darüber hinaus die Wahlarbeiten zu unterstützen.

Antrag an die KPD.

Die Delegierten der Landesarbeitskonferenz der IAH. des Bezirkes Schlesien empfehlen, sofort in allen größeren Ortsgruppen die Funktionäre der Massenorganisationen der IAH., RHD., der Sportorganisationen, Freidenker, Gewerkschaftsopposition usw. zu einer gemeinsamen Sitzung einzuladen, um gemeinsam zu den Kommunalwahlen Stellung zu nehmen. Die Funktionäre der IAH. verpflichten sich, sich an den Wahlarbeiten zu beteiligen und erwarten, daß auch die Sympathisierenden der übrigen Organisationen ein gleiches tun werden.

Resolution zu den Wirtschaftskämpfen

Die in letzter Zeit gesteigerten Wirtschaftskämpfe erfordern, daß die IAH. alle ihre Kräfte auf eine schnelle Organisierung einer Hilfe für die an den Wirtschaftskämpfen Beteiligten konzentriert. Die auf dem 3. Reichskongreß gefaßten Beschlüsse finden ihre Bestätigung. Die Landeskonferenz stellt sich einmütig auf den Boden der von Dresden gefaßten Beschlüsse.

Die politische und wirtschaftliche Lage zeigt eine starke Entwicklung der Widersprüche des Kapitalismus in der jetzigen Periode, in der sich die Widersprüche des Wachstums der Produktivkräfte und der Verengung der Märkte ganz besonders verschärfen.

Den vereinten Angriffen von Kapitalismus und Reformismus auf die Lebensinteressen des Proletariats gilt es, die geschlossene Kampffront der gesamten Arbeiterklasse entgegenzustellen. Gewaltige Verstärkung der organisierten proletarischen Solidarität ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Sieg der Arbeiterklasse. Die übrigen Arbeiten der IAH. auf dem Gebiete der Kinderhilfe und der Sozialpolitik sind ebenfalls durch die gesteigerte Rationalisierung mit allen Nachteilen für die Arbeiterschaft gewachsen. Die Steuererleichterungen für das Kapital und dafür die stärkere Belastung der Massen, der weitere Abbau der sozialen Leistungen schaffen eine Lage für die Arbeiterschaft, die eine viel stärkere Pflege der proletarischen Solidarität zur Schaffung einer großen gemeinsamen Kampffront fordern. Diese weitere Verelendung der Arbeiterschaft zwang zum Gegenangriff, der in den vielen Streikbewegungen, besonders in denen, wo die IAH. eingriff, deutlich zum Ausdruck kam. Parteilose, organisierte und unorganisierte Arbeiter, Intellektuelle, Hand- und Kopfarbeiter standen in einer Front. Die heranwachsende Tendenz der vereinten Abwehr bringt die IAH. in stärkstem Maße in den Mittelpunkt dieser Kämpfer. Die Aufgaben der Zusammenfassung dieser Kräfte muß zur vollen Entfaltung kommen, indem die vor-

Die Ausbreitung und der organisatorische Ausbau der Organisation ist zur Erfüllung dieser Aufgaben eine wichtige Voraussetzung.

Neue Mitglieder, neue Ortsgruppen, IAH.-Gruppen in allen Betrieben, organisatorische Festigung der bestehenden Ortsgruppen sowie die Schulung der Funktionäre für die Durchführung der vorliegenden Aufgaben sind unbedingte Notwendigkeit.

Es lebe die Kampfeinheitsfront der proletarischen Klasse!

Werktätige! Formiert euch gegen Sozialimperialismus und Reformismus!

Stärkt die Reihen der revolutionären Gewerkschaftsopposition!

Es lebe die praktische Solidarität mit den in Streik und Aussperrung stehenden Arbeitern!

Stärkt die Reihen der praktischen Solidarität!

Schafft in allen Großbetrieben Betriebsgruppen der IAH.!

Reichsaufsichtsamt bewilligt Volkswohlbund-Direktoren Ministergehälter

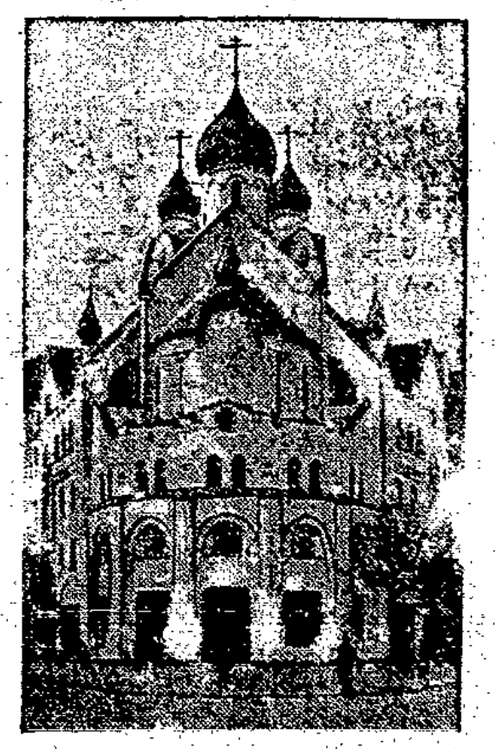
Wie uns die Leitung der Opposition im Volkswohlbund mitteilt, hatte sich das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherungen veranlaßt gesehen, sie zu einer Aussprache zu laden.

In dieser Sitzung, an der von seiten des Reichsaufsichtsamtes der Regierungsrat Dr. Kühne teilnahm, wurde von diesem bestätigt, daß alle reaktionären Maßnahmen der Direktion des Bundes von dieser Körperschaft bestätigt worden sind. Von der Leitung der Opposition war dadurch selbstverständlich niemand überrascht. Zu gut bekannt ist ihr die Tätigkeit des Reichsaufsichtsamtes. Interessant an den Ausführungen des Dr. Kühne war die Begründung der Ministergehälter der Volkswohlbund-Direktoren. Er meinte, ohne das Eingreifen der Behörde wären die Gehälter der Direktoren wahrscheinlich noch um einige tausend Mark höher geworden. Wörtlich sagte er: „Bei Leuten, die gewohnt sind, ständig mit so großen Geldsummen umzugehen, muß das Gehalt so hoch sein, da sonst die Gefahr der Unterschlagungen besteht.“ Herr Dr. Kühne scheint also die Volkswohlbund-Direktoren gut zu kennen. Selbstredend hat Dr. Kühne auch nichts dagegen einzuwenden, daß ein Notar für ein Generalversammlungsprotokoll, das er in einigen Stunden von einer Schreibkraft herstellen läßt, 623 Mark liquidiert. Dabei findet er es aber gleichzeitig in Ordnung, daß die Direktion, wenn es um die Interessen der Versicherten geht, sich einen Dreck an die Satzungen hält und sie wegen einiger Mark von Pontius zu Pilatus schickt. Er hat auch nichts dagegen einzuwenden, daß der Bund keinen Vertrauensarzt hat. Die Opposition hat vom Reichsaufsichtsamt, dieser Behörde des kapitalistischen Staates, niemals etwas anderes erwartet. Die Mitglieder des Volkswohlbundes aber müssen begreifen, daß sie nur selbst andere Zustände schaffen können, wenn sie mit der Opposition gemeinsam kämpfen. Darum, Volkswohlbund-Mitglieder, hinein in die Opposition! Beitrittserklärungen an R. Kaebelmann, Berlin N. 65, Utrechter Straße 11.

Woldemaras zurückgetreten, die faschistische Diktatur bleibt!

Der litauische Ministerpräsident Woldemaras ist zurückgetreten — offensichtlich infolge von Differenzen zwischen der Regierung und der Regierungspartei, der faschistischen Tautininkai und ihrem Führer, dem Staatspräsidenten Smetana. Die Ursache dieser Differenzen liegt aber nicht, wie die demokratische Presse behauptet, etwa in einer Stellungnahme Smetanas gegen den brutalen Woldemaras-Terror, sondern in Meinungsverschiedenheiten über die gegenüber den Klerikalen einzuschlagende Politik. Woldemaras hat einen Konflikt mit der katholischen Kirche provoziert, indem er gegen ein hinter seinem Rücken gegründetes Priesterseminar Einspruch erhob und bei der Gründung der neuen Kownoer Universität die Forderungen der katholischen Kirche nicht wunschgemäß berücksichtigte. Offenbar ging er in etwas ungeschickter Anwendung verschiedener mussolinischer Phrasen von der Forderung nach Unterordnung der katholischen Kirche als einer reinen Propaganda-Organisation unter den faschistischen Apparat aus. Die Kirche brauchte sich das in Litauen noch weniger gefallen zu lassen als anderswo, sie will innerhalb des faschistischen Systems mitbestimmen, und der Papst brach die Beziehungen zu Litauen ab. Für die faschistische Partei waren diese Konsequenzen des untaktischen Vorgehens Woldemaras peinlich: der Verdummungsapparat der Kirche ist eine der wertvollsten Stützen der faschistischen Diktatur, und dem Unwillen der Kirche wurde Woldemaras geopfert. Sein Sturz bedeutet also alles andere, als etwa eine Rückkehr der litauischen Bourgeoisie zur bürgerlichen „Demokratie“, er bedeutet vielmehr eine noch breitere und stärkere Zusammenfassung aller faschistischen Kräfte, einschließlich der katholischen Kirche, die ganz offenkundig auf die Verständigung mit dem faschistischen Polen, der Vormacht der Antisowjetfront

Weißgardistischer Bankrott



Eine Kirche unter dem Hammer!

Die am Fehrbelliner Platz in Berlin vor wenigen Jahren erbaute Russenkirche soll am 8. Oktober öffentlich versteigert werden, da die Besitzerin, die russische Gemeinde, sich in Zahlungsschwierigkeiten be-

Die werktätige Frau

Die 2. Bezirkskonferenz in Freiburg

Die Eröffnungs-Kundgebung

Aus Anlaß der zweiten Konferenz werktätiger Frauen Schlesiens fand am Vorabend zur Einleitung dieser Konferenz und zur Begrüßung der Delegiertinnen im „Blücher" zu Freiburg eine Kundgebung statt, an der über 200 Personen teilnahmen.

Einige Stunden vor Beginn der Kundgebung wurde eine Ausstellung eröffnet, die aus selbstgefertigten Wandzeitungen, Diagrammen usw. bestand. Die verschiedensten, die Arbeiterschaft interessierenden Fragen wurden in diesen Wandzeitungen durch geschickte Zusammenstellung der Bilder mit entsprechenden Ueberschriften berührt. Die „Russische Ecke" rief besonders großes Interesse hervor.

In der Kundgebung sprach als Vertreterin des Reichsausschusses werktätiger Frauen die Genossin Lene Overlach-Berlin. Sie wies auf die zunehmende Bedeutung der Frauen in allen Wirtschaftskämpfen sowie auf die Rolle der Frau im kommenden imperialistischen Kriege hin, berührte die Ursachen der Teurung sowie der geplanten Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes und forderte alle Frauen auf, sich in die Einheitsfront der revolutionären Arbeiterschaft einzureihen. Ihre Ausführungen wurden mit sehr starkem Beifall entgegengenommen.

Anschließend wurde ein Lichtbildervortrag über „Die Frau im neuen Rußland" und „Die Frau im Kampf gegen den imperialistischen Krieg" gehalten. Beide Vorträge wurden mit lebhaftem Interesse verfolgt. Einige Broschüren, Postkarten und Zeichnungen wurden umgesetzt. Eine Tellersammlung brachte 7,23 Mark.

Der Verlauf der Konferenz

Lange vor Beginn der Tagung sammelten sich die Delegiertinnen im schön geschmückten Saal. Bilder von Karl Marx und Lenin, sowie eine rote Fahne mit der Aufschrift: „Frauen, schmiedet die Rote Front!" grüßten die Erschienenen. Um 10 Uhr wurde die Konferenz von der Genossin Standke-Breslau eröffnet. Sie begrüßte die Delegierten und wies in kurzen Worten auf die Aufgaben, die diese Konferenz zu erfüllen hat, hin. Das Eröffnungslied „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" leitet zur Tagesordnung über.

Genossin K.-Freiburg begrüßt die Delegierten im Namen des Roten Frauen- und Mädchenbundes, Ortsgruppe Freiburg. Er wies auf die Bedeutung der Konferenz hin, insbesondere in bezug auf die Kriegsgefahr, ermahnte die anwesenden Frauen zum festen Zusammenhalten im Kampf und forderte sie auf, auch die noch abseits stehenden werktätigen Frauen zu uns heranzuziehen, um gemeinsam mit ihnen die bevorstehenden Kämpfe durchzuführen.

Hierauf entbot der Genosse L.-Freiburg der Konferenz die Kampfesgrüße der Kommunistischen Partei, Ortsgruppe Freiburg, und wünschte ihr einen guten Erfolg.

Genosse B.-Freiburg erschien als Vertreter des verbotenen RFB. in voller Bundeskleidung und wurde mit stürmischem Beifall und mit einem dreifachen „Rot Front!" von den Delegierten empfangen.

Als Vertreterin der Bezirksleitung des Kommunistischen Jugendverbandes überbrachte die Jugendgenossin Hanna-Breslau die Grüße vom KJVD., der zur selben Zeit seine Bezirkskonferenz in Breslau abhält. Sie ermahnte zum unbedingt notwendigen Zusammenarbeiten der älteren Kolleginnen mit den jüngeren. Insbesondere ist diese Zusammenarbeit in den Betrieben von großer Bedeutung.

Genosse H.-Breslau, Vertreter des Bezirksvorstandes der Roten Hilfe, sprach in ihrer Begrüßung die Hoffnung aus, daß uns diese Konferenz bestimmt einen Schritt weiterbringen wird im Kampf gegen das Kapital.

Nach Wahl des Präsidiums und der Redaktions- und Mandatsprüfungskommissionen erhielt die Genossin Lene Overlach, MdR., Berlin, das Wort zum Referat über:

„Die Lage der Arbeiterinnen und werktätigen Frauen, Kampf um Lohn und Brot, gegen Erwerbslosigkeit und gegen den imperialistischen Krieg."

Die Referentin überbrachte revolutionäre Kampfesgrüße von dem Reichskomitee werktätiger Frauen, das sich aus den Vertreterinnen der Betriebe nicht nur Berlins, sondern aus denen der verschiedensten Gebiete Deutschlands zusammensetzt. Sie brachte die Hoffnung zum Ausdruck, daß auch aus Schlesien eine Vertreterin in das Reichskomitee gewählt werde. Dann legte die Referentin die Wichtigkeit dieser Konferenz dar und stellte fest, daß die Delegierten, wenn auch nicht Hunderte an der Zahl, so doch aus den wichtigsten Industriegebieten zur Konferenz erschienen sind.

In einfacher, leicht verständlicher Art schilderte die Referentin die Ursachen des Hungerdaseins der Arbeiterschaft: das Bestehen der zwei Klassen — der Kapitalisten und des Proletariats. Die Kapitalisten beuten die Arbeiterinnen aus, lassen aus allen verfügbaren Mitteln Waren herstellen, die dann sehr hohen Wert haben. Den Arbeiterinnen aber wird für die angefertigten Waren nur so viel gezahlt, daß sie gerade nicht verhungern; manchmal noch weniger, daß viele schon am Verhungern sind. Aus der Kraft des Körpers der Frauen schlägt der Kapitalist hohe Profite heraus und lebt im Luxus. Am 30. September soll der Reichstag auf einige Tage zusammentreten, um ein ungeheuerliches Gesetz durchzupeitschen — den Abbau der Erwerbslosenunterstützung. Das ist eine der wichtigsten Fragen der gesamten Arbeiterschaft und nicht nur der Erwerbslosen. Alle Parteien und auch die SPD. verhandeln schon seit mehreren Monaten über den Abbau der Unterstützungen. Auf solche Art will man 400 Millionen mehr „sparen". Die Erwerbslosenbeiträge sollen um ½ Prozent, bei den Saison- und Baubetrieben sogar um 1 Prozent erhöht werden bei gleichzeitiger Kürzung der Unterstützung: wer 14 Mark Unterstützung erhielt, bekommt in Zukunft nur 9 Mark. Ganz besonders scharf wirkt sich dieses Gesetz bei den verheirateten erwerbslosen Frauen aus. Wenn ein verheiratete Frau im Betrieb war und nachher erwerbslos wurde, so heißt es im geplanten Gesetz, daß nun die Frau Arbeit im Haushalt hat und keine Unterstützung mehr braucht. Die Referentin zeigte an einigen Beispielen, wie man mit den verheirateten erwerbslosen Arbeiterinnen herumspringt. Vielen wurde die Unterstützung auf Grund dieses Gesetzes bereits entzogen.

Die auf diese Weise ersparten Summen werden dann für Rüstungen und für den Polizeiapparat verwendet. Durch das Hungerelend der Erwerbslosen soll die Arbeiterschaft getrieben werden. Die Unternehmer glauben, daß dadurch die Arbeiter ihr Klassenbewußtsein verlieren und um jeden noch so niedrigen Lohn in den Betrieb gehen werden. Die Unternehmer sehen, daß auch die Frauen aktiv geworden sind, und aus Angst vor den revolutionären Kämpfern treffen die Unternehmer immer neue Maßnahmen zur Knebelung der Arbeiter. Bei Entlassungen aus den Betrieben sollen zuerst die verheirateten Frauen entlassen werden. Bereitwillig stellen sich in solchen Fällen sozialdemokratische Betriebsräte den Unternehmern zu Diensten. Die Unternehmer sagen, daß der Mann so viel verdienen soll, daß die Frau nicht arbeiten braucht. Dadurch werden aber die Arbeitsfragen nicht gelöst. Aufgabe der revolutionären Arbeiterschaft ist, zu kämpfen, daß keiner entlassen wird, sondern alle Erwerbslosen sollen in den Produktionsprozeß eingereiht werden. Es gilt darum, den Siebenstundentag zu fordern bei voller Bezahlung des Lohnes wie bei acht Stunden Arbeit. Die Frauen müssen gemeinsam mit den Männern für diese Forderungen kämpfen. Die Referentin warf dann die Frage auf, ob eine Frau, der die Möglichkeit gegeben wird, unter guten Bedingungen zu arbeiten, auf Erwerbsmöglichkeit verzichten soll, und stellt fest, daß z. B. in der Sowjetunion jede Frau einen Beruf ergreifen darf. Durch die Erwerbstätigkeit der Frau wird sie wirtschaftlich vom Mann unabhängig, die Ehe beruht dann auf Kameradschaft, wo einer den anderen anerkennt und als gleichwertig behandelt wird. „Was hast Du zu bestimmen, ich bin der Verdiener", fällt in solcher Ehe nicht mehr.

An Hand von Beispielen zeigte die Referentin die Auswirkung der Steuer- und Zollerhöhung und stellte demgegenüber das Sinken der Reallöhne fest. Darum muß auch unser Kampf für höhere Löhne mit Schärfe und Hartnäckigkeit weitergeführt werden. Wohnungsnot, Krankheiten, Teuerung führen die Arbeiterschaft dem Abgrund immer näher, wenn sie sich dagegen nicht energisch und geschlossen wehren wird.

Den Kriegsrüstungen der Kapitalisten aller Länder gegen die Sowjetunion muß die Arbeiterschaft geschlossen Einhalt gebieten.

Die Referentin schloß mit der Aufforderung an die Delegierten, allen Kolleginnen im Betrieb, allen anderen werktätigen sowie erwerbslosen Frauen über das Gehörte zu erzählen und sie aufzufordern, sich in die revolutionäre Front einzureihen.

Hierauf begrüßte der Genosse Adelt die Konferenz im Auftrage der Bezirksleitung Schlesien der KPD. und die Genossin O.-Waldenburg im Auftrage des Landesausschusses der IAH. Beide brachten zum Ausdruck die Notwendigkeit der Mitarbeit der Frauen in allen Kämpfen der Arbeiterschaft.

Anschließend wurde eine Delegation aus der Konferenz herausgewählt, die die gleichzeitig stattfindende Betriebsrätetagung in Freiburg begrüßte, als deren Vertreter Genosse H.-Schweidnitz der Frauenkonferenz den Gruß entbot.

Nach der Mittagspause entspann sich eine sehr rege Diskussion, die zeigte, daß die Frauen großes Interesse an den aufgestellten Fragen hatten.

In der Konferenz waren 35 Delegierte anwesend, von denen 19 sich an der Aussprache beteiligten. Mit großem Interesse wurde der Bericht einer Kollegin von Dierig-Langenbielau entgegengenommen. Alle Rednerinnen schilderten die schlechten Zustände in den Betrieben und berichteten über die unaufhörlichen Schikanen, denen sie ausgesetzt sind. (In den nächsten Frauenbeilagen gehen wir auf die Ausführungen der Delegierten näher ein.)

Nachdem Genosse Adelt in kurzen Worten auf die Kommunalwahlen hingewiesen hatte, betonte die Genossin Overlach im Schlußwort noch einmal die Aufgaben der Delegierten.

Zum Reichskongreß wurden drei Delegierte gewählt.

Nach Wahl des Bezirkskomitees gab die Gen. Standke bekannt, daß für die streikenden Berliner Rohrleger 17 Mark gesammelt wurden. Darauf wurde die Konferenz mit dem Absingen der „Internationale" geschlossen.

Nach der Konferenz formierte sich ein Demonstrationszug, an dem sich auch die Freiburger Arbeiter beteiligten, nach dem Bahnhof. Dortselbst hielt die Genossin Hahne noch eine kurze Ansprache.

Kampfaufruf an die werktätigen Frauen Schlesiens

Die Konferenz werktätiger Frauen Schlesiens wendet sich an die breiten Massen der proletarischen Frauen mit einem Kampfaufruf, den die Delegiertinnen als Ergebnis ihrer Beratungen beschlossen haben. In diesem Kampfaufruf stellen sie sich hinter die Forderungen des Reichskomitees werktätiger Frauen. — **Arbeitsschwestern, wir rufen euch zum Kampfe gegen Hunger und Not, gegen die drohende Kriegsgefahr, für den Schutz der Sowjetunion und stellen folgende Kampfesaufgaben:**

I.

1. Alle Frauen sind aufzufordern, sich sofort am Kampf gegen den Krieg zu beteiligen. Sie sollen an Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Krieg teilnehmen.

2. Die proletarischen Frauen sollen sich körperlich ertüchtigen, ihren Kampfesmut und Kampfeswillen stählen. Sie sollen den Arbeitersportvereinen, den Arbeiterwehren, antifaschistischen Jungen Garden oder dem Roten Frauen- und Mädchenbund beitreten und in ihrem Betriebe wie in ihrem Wohnbezirk gemeinsam mit den Männern gegen Faschismus und Sozialfaschismus kämpfen. Sie sollen den Kampf gegen die bürgerlichen Frauenorganisationen aufnehmen, da diese die Helfershelferinnen der Kapitalisten in der Vorbereitung des Krieges und in der Ausbeutung der Arbeiterschaft sind.

3. Die Frauen sollen bekanntgemacht werden mit den Errungenschaften der Sowjetunion. Sie sollen erfahren, daß im Rätestaat die Frauen völlig befreit und gleichberechtigt sind. Jede Frau muß bereit sein, die Sowjetunion zu schützen und zu verteidigen.

4. Es soll eine Delegation aus 20 Betriebsarbeiterinnen nach der Sowjetunion gesandt werden, die sich mit eigenen Augen vom sozialistischen Aufbau überzeugen, das schwesterliche Kampfesbündnis mit den russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen schließen und in Deutschland wahrheitsgemäß berichten soll.

Es ist das Gebot der Stunde: Laßt alle gefährlichen Hoffnungen auf friedliche Abmachungen und auf ein Ausweichen vor dem Kriege fahren. Nehmt sofort den Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf, indem ihr im Betrieb gegen das Kapital kämpft, und indem ihr euch losagt von der Sozialdemokratie, dem Helfershelfer des Kapitals. Der Weltfrieden wird erst gesichert durch den Sturz des Kapitals in allen Ländern und die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats.

II.

Die wichtigsten Forderungen der Arbeiterinnen und werktätigen Frauen

Kampf um höhere Löhne, gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Heraus mit den besonderen Frauenlöhnen aus den Tarifverträgen. — Kampf um den Siebenstundentag, ganz besonders im Hinblick auf die Massenerwerbslosigkeit und die gesteigerte Arbeitsleistung. Sechsstundentag für Jugendliche. — Kampf um die Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß gegen alle geplanten Verschlechterungen der Erwerbslosenfürsorge. — Kampf für ausreichende Fürsorge für die proletarische Mutter und ihr Kind. — Streichung des Abtreibungsparagraphen 218, Amnestierung der wegen Abtreibung Verurteilten.

Auch für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Heimarbeiterinnen, Landarbeiterinnen, Verkäuferinnen, Angestellten und Hausangestellten muß der Kampf geführt werden.

III.

Organisiert den Kampf um höhere Löhne

Hunger und Elend, die Not unserer Kinder zwingen gebieterisch zur sofortigen Organisierung des Kampfes um höhere Löhne und den Siebenstundentag.

1. Unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition muß der Kampf eröffnet werden, ohne jegliche Rücksichtnahme auf noch bestehende Tarifverträge und gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsführer, die mit den Unternehmern gemeinsame Sache machen.

2. Die Uebernahme der Führung der Lohnkämpfe durch die Arbeiterschaft selbst erfordert Stellungnahme in den Belegschaftsversammlungen und Versammlungen der einzelnen Abteilungen zur gegenwärtigen Lage, Wahl von Kampfleitungen, in denen die Arbeiterinnen entsprechend ihrer Stärke in der Belegschaft vertreten sein müssen.

3. Aufstellung der Kampfforderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Belegschaft.

4. Bei Ausbruch des Kampfes müssen die Arbeiterinnen in vorderster Reihe stehen, Streikposten stellen, die Versammlungen besuchen und in ihnen mit ihren Forderungen auftreten, bei den Demonstrationen an der Spitze marschieren, Angriffe der Faschisten und Sozialfaschisten mutig zurückschlagen, die Solidaritätsaktion der IAH. tatkräftig unterstützen.

5. Die proletarischen Hausfrauen sind mit für den Kampf zu mobilisieren, in Belegschafts- und Streikversammlungen zuzuziehen, in die Kampforgane zu wählen und an allen Kampfhandlungen zu beteiligen.

6. Die Arbeiterinnen sind aufzufordern, in die freien Gewerkschaften zum Zwecke der Stärkung der Gewerkschaftsopposition einzutreten, da die Opposition den Kampf gegen die sozialdemokratischen Verräter führt. Gegen die Ausschlüsse oppositioneller Kollegen und für deren Wiederaufnahme muß energisch gekämpft werden. Weiter ist erforderlich die Aufstellung und Wahl roter Betriebsräte, die Schaffung revolutionärer Vertrauensleute in den Betrieben, die Organisierung von weiteren Konferenzen werktätiger Frauen und Arbeiterinnen-Delegiertenversammlungen.

IV.

Kampf der Regierung des Hungers und des Krieges

Die heutige Regierung der kapitalistischen deutschen Republik ist nur die Beauftragte der herrschenden kapitalistischen Klasse, des Kapitals, das in mächtigen Trusts und Konzernen zusammengeschlossen ist. Alle Regierungsmaßnahmen werden im Interesse der Kapitalisten getroffen und richten sich demzufolge gegen die Arbeiterschaft. Die Bezirkskonferenz beschließt deshalb schärfsten Kampf gegen die Regierung des Hungers und des Krieges, in der heute auch vier sozialdemokratische Minister gegen die Arbeiterschaft regieren. Die Arbeiterschaft muß nicht nur große Wirtschaftskämpfe führen, sie muß auch in gewaltigen politischen Massenstreiks auf die Offensive des Kapitals und auf die Maßnahmen der arbeiterfeindlichen Koalitionsregierung antworten. Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, Errichtung der Diktatur des Proletariats, Aufrichtung eines Sowjetdeutschlands, — das sind die Endziele unseres Kampfes, die nur durch die Revolution erreicht werden können.

Es lebe die rote Einheitsfront des Proletariats!
Es lebe die Sowjetunion, unser proletarisches Vaterland!
Es lebe die Weltrevolution!

Protestentschließung gegen die Schergen von Gastonia

Die zweite Konferenz werktätiger Frauen Schlesiens erhebt schärfsten Protest gegen die Verhaftung von 13 Textilarbeitern und drei Textilarbeiterinnen in Gastonia, die jetzt vom elektrischen Stuhl bedroht sind. Wir bringen unseren tiefsten Abscheu und unsere helle Empörung darüber zum Ausdruck, daß die Polizei das Notzeltlager der Kämpfenden überfiel und zerstörte, und daß man jetzt die dabei Verhafteten in den Gefängnissen foltert.

Nicht die Arbeiter und Arbeiterinnen, die um ihre Existenz kämpfen, sind die Verbrecher, sondern die Unternehmer und ihre Polizeiorgane, die die Arbeiterschaft ausbeuten, und die die um das Stückchen Brot Kämpfenden niederschlagen. Wir fordern die sofortige Freilassung der Verhafteten. Wir erklären, daß wir den schärfsten Kampf führen werden zur Befreiung aller proletarischen politischen Gefangenen.

Breslau

Mittwoch, 19,30 Uhr

Gesamt-Funktionärsitzung

der Parteiorganisation Groß-Breslau in der „Wratislawia", Mauritiusplatz kleiner Saal. Gen. Stadtrat Ammon spricht über die Kommunalwahlen in Breslau. Mitgliedsbücher mitbringen!

Von wann ab gilt die 4-Pfg.-Lohnerhöhung für Fürsorgearbeiter?

Auf verschiedene Anfragen unserer Leser teilen wir mit, daß der in der letzten Stadtverordnetensitzung angenommene kommunistische Antrag auf Lohnerhöhung für Fürsorgearbeiter rückwirkend ab 1. Juli 1929 gilt. Vorerst liegt der Antrag allerdings noch beim Magistrat, der ihm bisher noch nicht zugestimmt hat.

Oeffentliche Versammlung der Fürsorgearbeiter

Am Mittwoch 19,30 Uhr findet im „Roten Löwen", Kupferschmiedestraße, eine öffentliche Versammlung für die Fürsorgearbeiter bei der Marstallverwaltung statt. Es ist Pflicht, daß alles erscheint.

Zwei Selbstmorde

In der Nacht zu Montag hat sich die 22 Jahre alte Stütze K. H. in der Entreeküche ihrer Vermieterin auf der Gabitzstraße mit Leuchtgas vergiftet. — In ihrer Wohnung in Neukirch hat sich am Sonnabend die Ehefrau J. K. durch Erhängen das Leben genommen.

Ergänzungswahl im Buchdrucker-Ortsvorstand

Durch die unliebsamen Vorkommnisse seitens des Gauvorstandes dem Ortsverein Breslau gegenüber hatte sich durch die Wahl mehrerer Kollegen des Ortsvereins in den Gauvorstand eine Ersatzwahl notwendig gemacht. Es wurden Stimmen abgegeben: Für den 2. Vorsitzenden: Hanuschek 188, Paul 661; für den 2. Schriftführer: Geier 247, Lux 326, Stürtz 313; und für einen Beisitzer: Kollei 353, Lorek 333, Molter 198. Als 2. Vorsitzender wurde Kollege Paul gewählt. Beim 2. Schriftführer ist eine Stichwahl zwischen Lux und Stürtz, desgleichen beim Beisitzer zwischen Kollei und Lorek notwendig. Abgegeben wurden im ganzen 908 Stimmzettel, davon 8 ungültig. Außerdem erhielt noch als 2. Vorsitzender Kollege Reim einige Stimmen; u. a. erhielt auch der Auch-Kollege Reichstagspräsident Paul Löbe eine Stimme. Wie geistreich manches Gehirn eines freigewerkschaftlichen Buchdruckers aussehen mag, bewies ein Stimmzettel, auf dem an Stelle des 2. Vorsitzenden das Wort „Mist" geschrieben stand.

Arbeiter-Eltern vom Ohlauer Tor

schickt eure Kinder in den Jung-Spartakus-Bund, morgen Mittwoch, von 18—20 Uhr, bei Zoudlick, Königgrätzer Straße 10.

Delegiertenkonferenz

Die Delegiertenkonferenz der antifaschistisch-proletarischen Selbstschutzorganisationen von Breslau findet am Donnerstag, dem 26. September, 20 Uhr, bei Arndt, Malergasse 27, statt.

Lernt die Sprache der „Internationale"!

Lernt Esperanto! — Neue Anfängerkurse beginnen Dienstag, den 1. Oktober 1929, 20 Uhr, im Schulhaus „Kanonenhof", Taschenstraße 29/31. Teilnehmergebühr einschließlich Lehrbuch 5 Mark. Anmeldungen daselbst oder im Gruppenlokal bei Bittner, Uferstraße 26, sowie beim 1. Vorsitzenden, Willi Meder, Breslau 10, Mehlgasse 62.

Die Breslauer Bevölkerung, die sich Ende Juli auf 609 153 Einwohner gestellt hatte, betrug Ende August 608 703. Geborene wurden 765, Gestorbene 644 gemeldet, mithin ergibt sich ein Ueberschuß an Geborenen von 121. Die Zahl der Zugezogenen belief sich auf 4317, die der Fortgezogenen auf 4888, woraus sich ein Wanderungsverlust von 571 errechnet. Zusammen mit dem Ueberschuß der Geburten über die Sterbefälle ergibt sich eine Abnahme der Bevölkerung gegen Ende Juli um 450 Köpfe.

Vermißt werden die 16jährige Hausangestellte Else Danke, Hubenstraße 15; der 16jährige Laufbursche Johannes Hertel, Marienstraße 1; der 16jährige Arbeiter Kurt Krause, Alexisstraße 21; der Vermessungstechnikerlehrling Rudi Neske, geb. 12. September 1911 zu Groß-Tinz, Kreis Liegnitz.

Achtung, Radfahrer! Das Ueberholen von Fahrzeugen an haltenden Straßenbahnen ist laut Polizeivorschrift verboten. Uebertretungen werden zur Anzeige gebracht.

Lebensmittelproben. Im Monat August wurden durch das Gewerberevier 401 Lebensmittelproben zur chemischen Untersuchung angekauft, wovon 111 beanstandet wurden.

Ermittelt. Die Personalien der am Sonnabend an der Rosenthaler Brücke aus der Oder gelandeten Leiche sind nunmehr ermittelt worden. Es handelt sich um den Haushälter Richard Detke, Schwerinstraße 38/40 wohnhaft, der beim Baden ertrunken ist.

Selbstmord durch Sturz aus dem Fenster. Die Hausangestellte E. J. verübte am Sonntag Selbstmord, indem sie aus dem Fenster des 4. Stockwerkes, Weinstraße 52, in den Hof sprang.

Die städtische Beratungsstelle für Geschlechtskranke, Königstr. 4, I, rechts, steht jedem in der Angelegenheit einer Geschlechtskrankheit unentgeltlich mit fachärztlichem Rat zur Verfügung. Heilbehandlung findet nicht statt, jedoch kann Minderbemittelten freie ärztliche Behandlung vermittelt werden. Sprechstunden: Männer Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag von 9—10 Uhr, Frauen 11—13 Uhr. Abendsprechstunden: Männer Dienstag, Donnerstag von 19—20 Uhr, Frauen Montag, Freitag von 19—20 Uhr.

Kristall-Palast. Tempo — Tempo heißt der vielversprechende Titel des Films, der in dieser Woche im Kristall-Palast abrollt. Mit Ausnahme der Autos und Eisenbahnzüge, die „Tempo" fahren, enthält der Film nichts, was seinen Titel rechtfertigt. Die Aufnahmen sind gut, und auch die Darsteller geben die ihnen auferlegten Rollen prächtig wieder. — Vorher führt uns das „Alpenglühen" nach Partenkirchen und der Zugspitze, wobei wir herrliche Alpenlandschaften kennenlernen. Die sentimentale Tendenz des Films rührt an die Tränendrüsen kleinbürgerlicher Kinobesucher. — Auf der Bühne zeigt sich der große Zauberer „Fanta", der durch Karten- und andere Kunststücke die Zuschauer in Atem hält. Gh.

Ausdehnung des Kohlenarbeiterstreiks

Geschlossene Arbeitsniederlegung als Antwort auf die Unternehmerprovokation — Organisierte und Unorganisierte in einer Front

Breslau, 24. September.

A. K. Die am gestrigen Tage im Gewerkschaftshaus tagende Vollversammlung der Kohlenarbeiter, welche außerordentlich gut besucht war, beschloß einstimmig, als Antwort auf die von den Unternehmern angedrohte Aussperrung, den Streik auf sämtliche Klein- und Großbetriebe auszudehnen. Streikbeginn ist der heutige Dienstag.

*

Nieder mit den Streikbrechern!

Ein Kohlenarbeiter schreibt uns: Die Arbeiter der vier schon gestern bestreikten Betriebe zeigten eine gute Aktivität, so daß die Unternehmer gestern bereits einen kleinen Vorgeschmack von dem Kampfeswillen der streikenden Arbeiter zu kosten bekamen. Besonders als Streikbrecher hervorgetan hat sich der Spediteur R. Seite, der für die bestreikte Firma Fürst von Pleß Kohle verfährt, durch seine Erklärung, jedem die Knochen zu brechen, der seinen Pferden, Wagen und Arbeitern Schaden zufüge. Nicht so stark, Herr Seite, sonst brechen wir Kohlenarbeiter aus Angst vor Ihnen den Streik ab!

*

Ergänzend wird uns zu dem Streik der Kohlenarbeiter noch mitgeteilt: Der Verdienst eines Arbeiters beträgt pro Woche etwa 33 Mark, wovon noch die Abzüge abgehen, so daß etwa 29 Mark zur Auszahlung gelangen. Daß davon eine Familie bei den steigenden Preisen nicht leben kann, braucht nicht besonders nachgewiesen zu werden. Die Arbeiter fordern eine Lohnerhöhung von 15 Prozent, d. h. etwa 4,50 pro Woche. Diese Forderung zu erfüllen, wären die Unternehmer ohne weiteres in der Lage. Doch sie wollen auch nicht auf einen Pfennig ihres Profits verzichten. Gestern hielten die Unternehmer eine Versammlung ab. Dort wurde beschlossen, die Streikenden zur Arbeitswiederaufnahme aufzufordern, für den Fall der Weigerung wurde die Aussperrung aller Betriebe angedroht. Die Arbeiter antworteten mit der Arbeitsniederlegung. Der Schlichtungsausschuß hatte einen Spruch gefällt, der den Arbeitern die lächerliche Zulage von zwei Mark bot. Natürlich lehnten die Arbeiter diesen Spruch ab.

Die Arbeitsniederlegung am heutigen Dienstag erfolgte geschlossen. Die Unorganisierten kämpfen Schulter an Schulter mit den Organisierten. Der Kampfgeist ist glänzend. Die Arbeiter sind gewillt, die Erfüllung ihrer Forderung zu erringen. Die Abwehr der Streikbrecher wird überall energisch durchgeführt, selbst die Anwesenheit der Polizei hindert die Streikenden nicht, die Streikbrecher auf die Verwerflichkeit ihres Tuns aufmerksam zu machen.

Kohlenarbeiter, weiter so! Die Solidarität der Arbeiter aller anderen Berufe ist euch sicher.

Auch die Zwischenmeister hungern

Um die unhaltbaren Zustände in der Damenkonfektion und insbesondere die katastrophale Lage der Zwischenmeister zu behandeln, hatten die Meisterorganisationen zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Etwa 500 Männer und Frauen füllten gestern abend den großen Börsensaal. Eine Reihe Behörden- und sonstige Vertreter hatte sich gleichfalls eingefunden. Die beiden Referenten zeichneten die Lage der Hausgewerbetreibenden folgendermaßen: Durch die fortschreitende Rationalisierung und die vorhandene Ueberproduktion ist ein großes Ueberangebot von Arbeitskräften zu verzeichnen. Dieses hat zur Folge, daß einer immer billiger arbeitet als der andere, einer wird gegen den anderen ausgespielt, wer nun nicht mehr mit kann, wird ausgeschaltet, er bekommt keine Arbeit. Die Zwitterstellung, die diese Berufsgruppe einnimmt, einerseits gilt sie als Unternehmer, andererseits als Arbeitnehmer, und der noch tief verwurzelte Stolz, etwas Besseres zu sein, haben mit sich gebracht, daß das Heer der Zwischenmeister heute isoliert dasteht, es hängt sozusagen in der Luft zwischen Kapital und Arbeit. Eine einheitliche Organisation fehlt gleichfalls, und so kommt der ganze Berufszweig immer mehr auf den Hund und führt dazu, daß in Berlin jede Woche drei Zwischenmeister Selbstmord verüben. Als Ausweg aus dieser Lage schlugen die Referenten vor, sich an den Gesetzgeber zu wenden, um einen besseren Schutz zu erlangen.

In der Aussprache kam die wirkliche Lage und auch die vorherrschende Stimmung ungeschminkt zum Ausdruck. Während ein großer Teil keine Arbeit hat, schusten andere von früh bis in die Nacht, um nur auf einen ausreichenden Verdienst zu kommen. 100—110 Stunden in der Woche sind die Regel. Hilfskräfte schusten 60—70 Stunden, um 18 Mark Wochenverdienst zu erzielen. Es gibt in Breslau sogar noch Firmen, die den Stücklohn an die Zwischenmeister erst Sonnabend abend zur Auszahlung bringen.

Wir haben Hunger,

das war der Schrei, der die Diskussion beherrschte. Mit aller Offenheit wurde das Gemeckere der Führer, auf den Schutz und die Hilfe des Gesetzgebers zu warten, zurückgewiesen; die Lage erfordert sofortige Abhilfe. Weg mit dem Standesdünkel, wir sind alles nur Arbeiter und keine Unternehmer, Schulter an Schulter mit der Arbeiterschaft müssen wir kämpfen, das war der Ausklang aller Reden.

Obwohl die Diskussion vom festen Willen getragen war, durch Kampfmaßnahmen die Lage zu bessern, wußte die Leitung keinen anderen Weg, als an die Einsicht und die Vernunft der Fabrikanten und des Gesetzgebers zu appellieren und legte eine in diesem Sinne gehaltene Entschließung zur Abstimmung vor.

*

Mit diesem Rezept werden die Zwischenmeister weiter unter den Schlitten kommen. Ihre Lage wird erst dann eine Besserung erfahren, wenn sie ihren Standesdünkel aufgeben, wenn sie sich als das bekennen, was sie sind, nämlich Arbeitnehmer, und im Verein mit der übrigen Arbeiterschaft für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen kämpfen.

Gehirngrippe ausgebrochen!

Der Seuchenherd in der „Volkwacht"-Redaktion festgestellt — Furchtlose Krankenwärter gesucht

Es gibt keine Gemeinheit des „Vorwärts" gegen die Kommunisten, die nicht sofort in der „links"sozialdemokratischen Breslauer „Volkswacht" (und auch in der übrigen schlesischen SPD.-Presse) nachgedruckt würde. So blödelt sie schon einige Tage über die „Absägung einer kommunistischen Führergarnitur". Hierzu möchten wir unserem Zentralorgan, der „Roten Fahne", das Wort geben, die unter der Ueberschrift: „Die Grubenhunde bellen wieder" folgendes schreibt:

„Der »Vorwärts« bringt unter der Ueberschrift „Der Cliquenkampf in der KPD., Thälmann stillschweigend versenkt" wieder einmal einen seiner üblichen »Grubenhunde«. Diesmal bellt zur Abwechslung der rechte Grubenhund, d. h. Stampfer bezieht seine diesmalige Ente aus dem Brandler-Blättchen. Aus Gründen der Originalität ist diesmal Genosse Thälmann (wie schon ein paarmal) durch den Genossen Remmele „als Führer der KPD. gestürzt" worden, außerdem haben das Brandler-Blättchen und der „Vorwärts" die »führende Garnitur der Berlin-Brandenburger Parteiorganisation, Pieck, Pfeiffer, Beutling, Kasper usw. abgesägt.« Zu unserer Ueberraschung sind Ruth Fischer und Maslow, die der „Vorwärts" unlängst zu den neuen Führern der KPD. ernannt hatte, noch immer nicht eingetrudelt. Wir können leider nicht mit so »sensationellen« Enthüllungen über Interna der »Vorwärts«-Redaktion dienen, wie diese sie über die KPD. produziert. Wir begnügen uns also mit der schlichten Mitteilung, daß im Stampfer-Blättchen die Gehirngrippe grassiert."

Noch schäbiger ist die zweite Dreckschleuder. Die von unserem Hamburger Bruderblatt zuerst erfolgte Veröffentlichung der Bombenattentäter-Dokumente hat begreiflicherweise in allen Kreisen zu der Frage Veranlassung gegeben, woher wir die Dokumente erhalten haben. Die wider besseres Wissen von Herrn Bang, dem besten Freunde Hugenbergs, in seinem Briefe an den Polizeipräsidenten in Altona ausgesprochene Vermutung, daß die Kriminalpolizei in Altona selbst die kommunistische Presse mit diesen Briefen versorgt habe, war so absurd, daß sie keines Gegenbeweises bedurfte. Inzwischen hat sich der Altonaer Polizeipräsident zu diesem Brief des Ober-Kappisten Bang geäußert, und wiederholt darin die Mitteilung einer Notiz unseres Hamburger Bruderblattes, wonach dem „Landvolk-Syndikus Weschke anläßlich des Kommunistischen Jugendtages am 1. September 1929 in Itzehoe (!) das Unglück passierte, daß er in einer Wirtschaft in vorgerückter Stunde seine Aktentasche „verlor", das heißt, ein Arbeiter erfüllte nur seine Pflicht, die von der Polizei sträflich vernachlässigt wurde, wenn er den Zustand Weschkes ausnutzte und im Interesse der Entlarvung der Feinde der Arbeiterklasse die „verloren"gegangene Tasche an sich nahm. Es blieb — natürlich — dem schäbigen Stampfer-Organ und nach ihm der „Volkswacht" überlassen, über diese Umstände eine Version auszustreuen, die das richtige Verhalten unserer Freunde in Itzehoe in schmutzigster Weise herabsetzen soll. Der „Vorwärts" schreibt: „Im Suff — im Hamburger (!) Vergnügungsviertel — hat Weschke seine Aktentasche verloren, und die Kommunisten, die sich im Suff mit ihm begegneten, haben sie gefunden." So kämpft der „Vorwärts" gegen rechts! Natürlich ist die ganze „Vorwärts"-Notiz erstunken und erlogen; „denn die Tasche kam auch nicht in Hamburg, sondern in Itzehoe abhanden".

Jede Ortsgruppe Jede Zelle

muß am Sonntag, dem 29. September, auf den

Unterbezirks-Parteiarbeiter-Konferenzen

vertreten sein

Mittelschlesien

Ohlau. Gestern gegen 6 Uhr fuhr der Viehhändler Jatke mit dem Motorrad mit seinem Sozius Beige gegen ein Lieferauto des Bierverlegers Jawiersch. Jatke fiel mit dem Kopf gegen die Stoßstangen des Lieferautos, wobei der Kopf gespalten wurde, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Sein Mitfahrer wurde mit lebensgefährlichen Verletzungen in das Kreiskrankenhaus gebracht.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

Breslau

— Stadtteil Nord. Dienstag 19.30 Uhr Funktionärsitzung bei Nitsche, Adlerstraße, Ecke Niedergasse. Bezirksleitungs-Vertreter anwesend.

Königszelt. Dienstag 20 Uhr in der „Krone" Gesamtzellenversammlung. Tagesordnung: Kommunalwahlen. Jedes Mitglied muß erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband

Breslau

— Nord. Mitgliederversammlung am Dienstag bei Rüdiger, Tredniger Straße 56. Bericht von der Bezirkskonferenz. Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingte Pflicht.

— West. Genosse, hast du dein Mitgliedsbuch in Ordnung. Dienstag 19.30 Uhr ist Buchkontrolle im „Anglerheim". Anschließend Mitgliederversammlung.

Görlitz. Dienstag 20 Uhr Versammlung im neuen Heim, Bolgishof. Erscheinen aller Genossen Pflicht.

Jung-Spartakus-Bund.

Breslau

— Gruppe Goetz (West). Dienstag Gruppenabend. Erscheinen aller Pioniere ist Pflicht.

— Ost. Heimabend Mittwoch von 18—20 Uhr bei Zoudlick, Königgrätzer Straße.

Roter Frauen- und Mädchenbund

Breslau

— Alle Genossinnen kommen am Mittwoch um 20 Uhr zu Reimann, Neue Antonienstraße.

— Scheitnig und Odertor. Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend im Lokal Kabierschke, Hirschstraße, Ecke Bockstraße. Gäste willkommen.

Sonstige Organisationen.

Zobten. Arbeiter-Samariter-Bund. Mittwoch neuer Anfängerkursus. Meldungen am Abend im Schulhaus I, parterre. Die Arbeiterschaft wird erwartet.

Waldenburger Bergland

Ein lediger Mensch erhält Drei-Zimmer-Wohnung

Skandal in Nieder-Hermsdorf

Aus Nieder-Hermsdorf wird uns geschrieben: In unserer „sozialen" linken Gemeindevertretung ist man von der SPD. und den Bürgerlichen so allerhand in den letzten fünf Jahren gewöhnt. Was sich aber jetzt diese Herrschaften in Anbetracht der ungeheuren Wohnungsnot gegenüber den Wohnungslosen erlaubt haben, ist wert, der breitesten Oeffentlichkeit bekanntzuwerden. Wir haben hier einen Bürgermeister, dem bei jeder Gelegenheit sein „soziales" Herz schlägt. Bei ihm sitzen zwei Sozialdemokraten und zwei Bürgerliche als Schöffen. Diese beschließen unter Umgehung der Wohnungskommission, einem zurzeit noch

unverheirateten Menschen eine Dreizimmerwohnung zu geben,

weil er Girokassenbeamter ist. Vom Wohnungskommissar sollte diese Wohnung einem Kinderreichen zugesprochen werden, doch ehe es dazu kam, saß der ledige Vogel bereits im Nest und arrangierte schnell seine Hochzeit.

Wir haben in Nieder-Hermsdorf zurzeit noch über 180 vollständig Wohnungslose, die mit zwei und mehr Kindern schon mehrere Jahre als Untermieter bei Verwandten untergebracht sind. Diesen ist es unmöglich, all die langen Jahre hindurch, trotz vieler Bemühungen beim Wohnungsamt, überhaupt einen Winkel zu erhalten. Da es sich im oben erwähnten Falle aber um einen Gemeindebeamten dreht, bekommt dieser trotz Wohnungsnot schon zwei Wochen vor der Hochzeit eine Wohnung. Hinzu kommt noch, daß in der Gemeinde über 380 Wohnungen vorhanden sind, die auf Grund ihrer großen Kinderzahl auf eine größere Wohnung warten, sie aber nicht erhalten.

Wohnungslose, wollt ihr euch diese Mißwirtschaft bieten lassen? Wenn nicht, dann erscheint zu der am Mittwoch, dem 25. September,

Kinderreiche ohne Wohnung — Ledige — 3-Zimmer-Wohnung!

Das ist die Wohnungspolitik in Nieder-Hermsdorf. Mieter, protestiert gegen diesen Skandal! Arbeiter, Arbeiterfrauen, erscheint restlos am

Mittwoch, 25. Sept., 19 Uhr in der „Friedenshoffnung"

zur Protestversammlung, die von der Kommunistischen Partei veranstaltet wird. Schluß mit den Machenschaften der bürgerlich-sozialdemokratischen Einheitsfront!

in der „Friedenshoffnung", 19 Uhr, von der Kommunistischen Partei einberufenen Protestversammlung, fordert, daß diese Handlungsweise des Vorstandes rückgängig gemacht wird, und die Wohnung, dem Zweck entsprechend, wie es die Wohnungskommission wollte, an einen Kinderreichen vergeben wird.

Also, heraus zum Protest!

Und wieder Streckenbach!

Zu wiederholten Malen haben wir die Gefahrenstelle bei Streckenbach, Sandberg, in der Zeitung gebrandmarkt. Es vergeht fast kein Sonntag, an dem nicht ein Unfall passiert. Auch am letzten Sonntag überfuhr ein Motorradfahrer einen Radfahrer. Außer dem Rade, das demoliert wurde, hat zum Glück niemand Schaden erlitten.

Oberes Revier

Es geht vorwärts!

A. K. Vergangene Woche fand in Gottesberg die übliche Monatsversammlung des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit statt. Die Tagesordnung umfaßte vier Punkte. Das Protokoll wurde nicht beanstandet. Genosse Hübel gab Bericht vom Gautag, welcher am 14. und 15. September in Breslau stattfand. Im letzten Jahre konnten über 20 neue Ortsgruppen gegründet werden. Der Gau hatte einen Mitgliederzuwachs von über hundert im Monat. Sieben Ortsgruppen eines anderen Verbandes in Oberschlesien werden in nächster Zeit geschlossen übertreten. Der Bund hat seit dem letzten Bundestage (Ostern 1929) 37 000 neue Mitglieder aufgenommen. Der Gautag nahm ferner Stellung zu der Verschlechterung, die das neue Versicherungsgesetz bringen soll, außerdem zu dem Abbau der sozialen Leistungen für die Kriegs- und Arbeitsopfer. Darauf erstattete Genosse Sorichter den Kassenrevisionsbericht. Die Kasse wurde in Ordnung befunden. Dann wurden Organisationsangelegenheiten erledigt. Ferner nahm die Versammlung Stellung zu den Verleumdungen seitens des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten sowie des Zentralverbandes der Arbeitsinvaliden, die wissentlich die falschen Nachrichten verbreiten, daß der Internationale Bund vor keinen Instanzen zugelassen werde und keine Vertretung ausüben könne. Dazu stellen wir fest, daß der Internationale Bund eine der ältesten Kriegs- und Arbeitsopfer-Organisationen ist, im Sozialpolitischen Ausschuß vertreten ist, und zu allen Versorgungs- und Versicherungsinstanzen Zutritt hat. Zum Schluß der Versammlung ermahnte der Vorsitzende die Mitglieder, alles zu tun, um die Organisation weiter zu stärken und auszubauen.

Schweidnitz

Lernt Esperanto!

Uns wird geschrieben: Die diesjährige Werbeveranstaltung für Esperanto wird voraussichtlich in großzügiger Weise erfolgen. Der Weltkongreß der Arbeiter-Esperantisten in Leipzig (4. bis 10. August) wird sich in ganz Deutschland auswirken. Ueberall werden Werbevorträge, Ausstellungen und Lehrkurse veranstaltet, um Esperanto praktisch dem Proletariat nutzbar zu machen. An den Arbeiterorganisationen selbst liegt es, sich des Esperanto für ihre Ziele zu bedienen. In unserer Stadt hat der Arbeiter-Bildungsausschuß seine Unterstützung zugesagt, desgleichen haben sich in anderen Orten Schlesiens kleinere oder größere Gruppen von Lernbegierigen für Esperanto-Kurse zusammengefunden. Anmeldungen für Kurse als auch Beschaffung von Lehrmaterial durch B. Siegert, Herren- auch Beschaffung von Lehrmaterial durch B. Siegert, Schweidnitz, Herrenstraße 22.

Freiburg

Die Judenfresser auf Gimpelfang

A. K. Vorige Woche hatte die Nazi-Partei wieder eine „sehr große" Versammlung einberufen. Vor der Versammlung machten sie erst großen Lärm mit ihren Trommeln und Pfeifen. Sie nennen sich Arbeiterpartei, aber Arbeiter sah man sehr wenig. Dafür waren andere da, z. B. der Direktor von der Uhrenfabrik. Arbeiter, da seht ihr doch klar und deutlich, daß das nur eine Schutztruppe des Kapitals ist, sie kennen keinen Klassenkampf, sondern sie hassen nur eins, die revolutionäre Arbeiterschaft.

Jauer

Menzel fürchtet sich vor einer gehörigen Tracht Prügel

A. K. Die äußerst niedrigen Unterstützungssätze der Wohlfahrtspflege lassen den Wohlfahrtsinspektor Menzel ahnen, daß die Unterstützungsempfänger äußerst empört sein müssen. So leidet Menzel neuerdings an Verfolgungswahn und sieht sich von seinen „Pfleglingen" überfallen und schwer mißhandelt. Erzählte er da einem Unterstützungsempfänger, daß er gehört habe, daß man ihm (Menzel) eine „gehörige Tracht Prügel verabreichen" wollte, aber, sagte er: „er sei auf alles gefaßt und werde mit seinem Stock auf die Betreffenden so lange einschlagen, bis sie zerplatzen. Sollte diese Art, sich zu verteidigen, noch nicht genügen, so hätte er (Menzel) noch ein Schießeisen, mit welchem er dann die vermeintlichen Angreifer zusammenschießen wolle." Wir möchten dem Herrn raten, in Zukunft sich eines anständigeren Benehmens zu befleißigen, dann werden solche Wahnvorstellungen sein Gewissen auch nicht mehr belasten.

Baudelegierter fliegt aufs Pflaster

Skandalöse Zustände am Bahnbau Zentnerbrunn. — Gewerkschaftsbürokrat läßt Kollegen im Stich.

Ein Bauarbeiter schreibt uns: „Nette" Zustände herrschen bei der Firma Karl Lüderitz, Bahnbau in Zentnerbrunn. Dort ist auch der Oberschachtmeister Ikert. Nach seiner Ansicht sind die Arbeiter willenlose Objekte, die nach seiner Pfeife tanzen müssen. Seine Lieblingsbeschäftigung ist, Arbeiter anschnauzen und antreiben. Wenn sich ein Arbeiter erlaubt, ihm die richtige Antwort zu geben, so wird er auf der Stelle entlassen, und wenn es eine halbe Stunde vor Feierabend ist. Die Papiere und das Geld muß sich der Betreffende erst am anderen Tage in Waldenburg bei der Firma selbst holen. Solche Entlassungen passieren oft. Als ich in der Belegschaftsversammlung am 2. September als Baudelegierter gewählt wurde und Herrn Ikert die Anmeldung der Delegierten überreichte,

verweigerte er glatt die Annahme der Delegiertenscheine.

Ebenso wollte er von den Forderungen der Belegschaft auf tarifmäßige Entlohnung, achtstündige Arbeitszeit, Prozente für Ueberstunden usw. nichts wissen. Als ich am Tage nach meiner Wahl den Schachtmeister Kube, bei dessen Kolonne ich arbeitete, darauf aufmerksam machte, daß ich von jetzt ab als Baudelegierter gewählt bin und infolgedessen ein Mitbestimmungsrecht bei der Regelung der Arbeitszeit usw. habe, erhielt ich von ihm die geistreiche Antwort:

„Mach, daß du wegkommst, du sauler Misthausen, sonst hau ich dich in die Fresse."

Daraufhin verbot mir der Schachtmeistr Ikert das Betreten sämtlicher Baustellen. Zwei Tage später bekam ich die Papiere. Leider konnte ich den Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, den ich eingeleitet hatte, nicht weiterführen, da die Gewerkschaftsbürokratie des Deutschen Baugewerksbundes mich nicht genügend unterstützte. Anstatt eine konsequente Kampfpolitik zu führen, schlug sie eine Verschleppungspolitik, eine Politik des Kuhhandelns, ein, was mir als revolutionärem Arbeiter auch von vornherein schon klar war. Nachdem die fünftägige Klagefrist beim Arbeitsgericht verstrichen und die Liste zur Sammlung von Unterschriften gegen meine Entlassung verbummelt war, erklärte mir der „Kollege" Wolf vom Deutschen Baugewerksbund, daß er jetzt keine Klage beim Arbeitsgericht mehr machen könnte, da es schon zu spät sei.

Daraus kann jeder Arbeiter erkennen, daß die Unternehmer sich heute schon so stark fühlen, daß sie auf den Tarifvertrag pfeifen, ja, selbst das Betriebsrätegesetz nicht mehr anerkennen. Deshalb ist es Pflicht der Arbeiterschaft, mit der Kommunistischen Partei für eine revolutionäre Politik in den Gewerkschaften zu kämpfen.

„Schlegel und Eisen"

Nummer 2

erscheint am Mittwoch, 2. Oktober

Bergarbeiter, verlangt überall danach!

(Ausschneiden! Aufkleben!)

Niederschlesien

Görlitz

Das Wasser wird knapp.

Der Magistrat teilt mit: Der vor kurzer Zeit erfolgte Hinweis des Magistrats auf Sparen beim Wasserverbrauch infolge des drohenden Wassermangels, ist nicht beachtet worden, im Gegenteil ist festgestellt worden, daß der Wasserverbrauch und die tägliche Förderung von Wasser in der Zwischenzeit größer geworden sind. Wenn der Wassermangel weiterhin anhält, ist der Magistrat gezwungen, Zwangsmaßnahmen zu treffen, und zwar Absperrung von Gartenbewässerungsleitungen, Sperren von Badeeinrichtungen und evtl. Einführung von Sperrstunden für die Wasserentnahme. Es wird wiederholt gebeten, mit dem Wasserverbrauch sparsam umzugehen, damit die in Aussicht genommenen Zwangsmaßnahmen im Interesse der Verbraucher möglichst verhindert werden.

Eine Greisin vermißt. Am 19. d. M. hat sich die Witwe Johanna Gorlt, 82 Jahre alt, aus ihrer Wohnung in Leopoldshain entfernt. Sie trägt dunkle Kleidung und zeigt Spuren von Geistesschwachheit. Nach früheren Aeußerungen wollte sie einmal nach ihrem Geburtsort Paritz, bei Siegersdorf, gehen.

Vermißt wird seit dem 12. d. M. die Stütze Karoline (Hansi) Klose, geb. Wallesch, 21. 12. 1888 zu Nieder-Hanichen, Bezirk Reichenberg (Tschechoslowakei) geboren.

In Hermsdorf stand am Sonntag die erst neuangelegte Hühnerfarm von Meißner in hellen Flammen. Durch den ungünstigen Wind trieb das Feuer über die gesamte Farm und den Autoschuppen, so daß sämtliche Hühner — gegen 450 Stück —, darunter wertvolle Tiere, sowie eine Anzahl Kaninchen umkamen. Auch der Kraftwagen wurde ein Raub der Flammen. Das Feuer ist vermutlich durch böswillige Brandstiftung entstanden.

Alt-Jäschwitz. Gestern brannte das dem Gutsbesitzer Siegfried Kühn (Bunzlau) gehörende Wohnhaus mit Scheune und Stallung in Alt-Jäschwitz vollständig nieder.

Sprottau

Gegen den Unterstützungsraub

In der letzten Erwerbslosenversammlung berichtete Kollege K. über die drohenden Verschlechterungen in der Erwerbslosenfürsorge. Er forderte die Versammlungsteilnehmer auf, diesen Plänen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen und gemeinsam mit der noch im Betrieb stehenden Arbeiterschaft den Abwehrkampf zu organisieren. In der Diskussion kam der Wille zum Kampf zum Ausdruck; ein Ausschuß von sieben Kollegen wurde gebildet, der nun die Vorarbeiten in die Wege leiten wird.

Sagan

Die Werbeveranstaltung der Arbeiterwehr

Eine wichtige Kundgebung war der Werbetag der Saganer Arbeiterwehr am Sonnabend. Hunderte von Arbeitern folgten den Ausführungen des Genossen Kleinert aus Breslau, der mit aller Deutlichkeit die drohende Gefahr des Krieges und Faschismus aufzeigte. Der Referent verstand es, den Zuhörern den Werdegang von 1918 bis 1929 in kurzen, aber kräftigen Umrissen klarzulegen, so daß jedem Proletarier ein Licht aufging, und der Weg zur Kommunistischen Partei und Arbeiterwehr geebnet wurde. Auch die Sorauer Schalmeienkapelle unterstützte die durchgeführte Werbung für die „Arbeiter-Zeitung". Es wurden über 500 Exemplare umgesetzt. Anklang fand das Platzkonzert der Schalmeienkapelle. Die Abendveranstaltung in Brennstadt wies einen ebenfalls guten Besuch auf. Genosse Kleinert richtete dortselbst noch einige Mahnrufe an die Landbevölkerung, und forderte den engen Zusammenschluß mit den Stadtarbeitern. Er wies auf die Kommunalwahlen auch in den Landgemeinden hin und erklärte, schon heute müsse größte Wachsamkeit und Aktivität geübt werden. Wieder einmal hat die Arbeiterschaft von Sagan und Umgegend gesehen, daß der revolutionäre Wille vorhanden ist, und es wird höchste Zeit, diese Worte in die Tat umzusetzen.

Liegnitz

Einbruch im Konsum. In der Nacht zum Montag drangen Einbrecher in die Geschäftsräume der Konsumvereins-Filiale in der Jauerstraße ein. Sie erbrachen die Ladenkasse, aus der sie 70 Mark Bargeld raubten. Ferner ließen sie 2½ Mille Zigaretten, 200 Tafeln Schokolade usw. mitgehen. Nach getaner „Arbeit" ließen sie sich einige Würste und zehn Flaschen Bier trefflich munden.

Bunzlau

Sprengkapseldiebstahl in Alt-Warthau

In der vorigen Woche machten Arbeiter der Firma Zeidler & Wimmel die Wahrnehmung, daß der Keller, in dem die im Steinbruch benötigte Sprengmunition lagert, erbrochen war. Das starke Schloß der Tür war mit Gewalt erbrochen worden. Es fehlten 100 Sprengkapseln. Weder das Bunzlauer „Stadtblatt" noch die Bunzlauer „Volksstimme" haben bis heute ein Wort darüber verloren, auch die Behörden schweigen sich aus. Die Polizeibehörden sind täglich auf der Suche, ohne den oder die in Frage kommenden Personen zu finden. Diese Angelegenheit ist sehr verdächtig, und wir kommen noch darauf zurück.

Tillendorf. Straßenunfall. Sonntag nachmittag verunglückte der Haushälter Münnich aus Bunzlau mit seinem Motorrad auf der Straße nach Görlitz am Tillendorfer Berge. Münnich kam beim Ueberholen von zwei Radfahrern auf den Sommerweg und wurde an einen Baum geschleudert. Er blieb besinnungslos liegen, der Soziusfahrer (sein Bruder) kam mit dem Schrecken davon. Ein Auto brachte den Verunglückten zum Arzt.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36 300
Täglich 8 Uhr
Friederike
Franz Lehars Welterfolg

Möbel
Viel Geld sparen Sie, wenn Sie unsere eigenen
Eiche-Sperrholz-Schlafzimmer
fabelhaft billig, mit Garantie, Kristall-Außen oder -Innenspiegel, in Größen von 180 cm M. 650.—, 160 cm Mk. 575.—, 150 cm 540.—, 140 cm Mk. 525.— an kaufen. Ganz neuzeitliche
Speisezimmer und Küchen
sehr billig. Viele Anerkennungen
Auf Wunsch Teilzahlung
Hirschmann
Breslau, Rubensstraße 23

Oberschlesien

Arbeiter, Vernichtet den Faschismus und Sozialfaschismus

Heraus zur Gegendemonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch in Beuthen am 29. September

Arbeiter! Klassengenossen!

Durch die sozialfaschistische Rolle der Sozialdemokratie wird das Faschistengesindel immer frecher. Die Ueberfälle auf Arbeiter häufen sich von Tag zu Tag. Organisiert gehen Stahlhelm, Nazis usw. bis hinab zum Reichsbanner gegen die revolutionären Arbeiter vor. Truppweise lauern die Faschisten einzelnen Arbeitern auf und schlagen die Arbeiter zu Krüppeln.

Auch in Oberschlesien macht sich der Faschismus immer stärker bemerkbar. In den Betrieben werden die faschistischen Banden gezüchtet. Mit Hilfe des Betriebsfaschismus, in dessen Front auch die Sozialfaschisten stehen, wurden die Arbeiter bei der Organisierung des Kampfes um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen terrorisiert. Das Unternehmertum finanziert offen die faschistischen Garden. Das Borsigwerk, eine Brutstätte des Faschismus, sandte offiziell eine Abordnung zum Stahlhelmtag in München. Aber auch die anderen Unternehmungen stehen dem Borsigwerk nicht nach. Selbst eine der elendsten Industrien, die Kalkindustrie, züchtet mit den den Arbeitern ausgepreßten Geldern den Stahlhelm hoch.

Nicht nur in den Betrieben macht sich der Faschismus stärker bemerkbar. Unter den Augen sozialdemokratischer Polizeipräsidenten ziehen die faschistischen Banden provozierend umher. Handgranatenwerfen und militärische Uebungen sind an der Tagesordnung. Ueberall kann eine Bewaffnung der Faschisten festgestellt werden. Waffenlager, die nie von der faschistischen Polizei ausgehoben werden, sind in fast jedem Ort und besonders auf dem flachen Lande vorhanden. Fliegt durch den Druck der Arbeiter so ein Waffenlager auf, so findet die Polizei nie die Täter (Oppeln), weil Polizei und Faschisten Hand in Hand arbeiten.

Am 29. September beabsichtigt nun der Stahlhelm, in der Arbeiterstadt Beuthen einen Seldte-Tag zu veranstalten. Der Hugenberg-Adjutant und Faschistenhäuptling Seldte will persönlich den Faschistenaufmarsch in Beuthen leiten.

Dieser Aufmarsch, der eine ungeheure Provokation für die Arbeiterschaft ist, ist ein Auftakt der Faschisten zur brutaleren Niederknüppelung des oberschlesischen Proletariats. Seldte will Heerschau abhalten, ob auch hier im Osten Deutschlands seine Banden zur Stelle sind, um die Befehle der Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft auszuführen.

Im vergangenen Jahre hat die Oppelner Arbeiterschaft den faschistischen Banden ihr erstes größeres Auftreten in Oberschlesien anständig versalzen. Trotz zehnfacher Uebermacht und Polizeischutz durften die Faschisten die Arbeiterviertel nicht betreten.

Die Straße gehört dem Proletariat. Auf keinen Fall darf die Arbeiterschaft von Beuthen und dem engeren Industriegebiet am 29. September die Straße den Faschisten überlassen. Die Arbeiterschaft muß zum revolutionären Gegenaufmarsch heraus. Ihr Arbeiter in den Betrieben, von den Stempelstellen, die ihr immer mehr von dem Terror des Faschismus bedroht seid, wehrt euch. Erst am Sonnabend wurde ein Arbeiter in Hindenburg von einer faschistischen Bande niedergestochen. Nehmt in den Belegschaftsversammlungen gegen die häufenden Ueberfälle der Faschisten und den Stahlhelmaufmarsch Stellung, organisiert in den Betrieben den proletarischen Selbstschutz. Am Sonntag heraus zur Gegendemonstration

zur Vernichtung des Faschismus,
gegen die Kriegstreibereien der faschistischen Banden,
für Aufhebung des RFB.-Verbots,
für die Befreiung der Arbeiterklasse durch die proletarische Revolution!

Bezirksleitung Oberschlesien der KPD.

Gleiwitz

Weiteres Steigen der Erwerbslosenzahl

In Gleiwitz hatte sich schon in der letzten Woche eine Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht, die trotz regster Vermittelungstätigkeit eine Steigerung der Arbeitslosenziffer brachte. In der letzten Betriebswoche wurden nur noch 66 offene Stellen gemeldet. Der monatliche Bericht des Arbeitsamtes Gleiwitz besagt, daß das langsame Ansteigen der Arbeitslosen- und der Unterstützungsempfängerziffer sich fortsetzt. Zurzeit sind 3137 Arbeitsgesuche (2842 männliche und 295 weibliche) vorgemerkt. Die Arbeitslosenversicherungsunterstützung erhalten 1174 (933 männliche und 241 weibliche) Personen und die Krisenunterstützung 384 (364 männliche und 20 weibliche) Personen. Die Zuschlagsunterstützung erhalten 2094 Familienangehörige. Ausgesteuert und dem Wohlfahrtsamt überwiesen wurden 2 Arbeitslose. Von der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge betreut werden 750 Personen. Vermittelt wurden 157 Personen und 85 Arbeitslose zu Notstandsarbeiten. — Arbeitslose von Gleiwitz, organisiert sofort eine Erwerbslosenversammlung, wählt sofort einen Erwerbslosenausschuß, kämpft geschlossen gegen die weitere Verschlechterung.

Proletarischer Abend der Drahtwerke-Arbeiter

Die Gewerkschaftsopposition der Drahtwerke der VDH. hatte für Sonnabend in den „Vier Jahreszeiten" einen proletarischen Abend arrangiert. Die Kollegen mit ihren Frauen nahmen zahlreich an der Veranstaltung teil. Der Abend wurde durch das Auftreten der „Roten Bergknappen" und des Arbeiter-Musikvereins „Freiheit" ausgefüllt. Das Programm der „Bergknappen" war direkt auf die Verhältnisse in den Drahtwerken zugeschnitten und fand reichen Beifall.

Fundsachen

Gefunden wurden eine Armbandkette, ein junger Hund, etwa drei Monate alt, in einem Dienstzimmer des Polizeipräsidiums zwei Schlüssel, ein Autosteckschlüssel. Näheres im Fundbüro, Zimmer 35 (Polizeipräsidium Gleiwitz).

Hindenburg

Werktätige Männer und Frauen!

Heraus zu den öffentlichen Volksversammlungen

der Kommunistischen Partei! Für den

Stadtteil Biskupitz: Dienstag, 24. September, „Gemeindegaststätte", abends 7,30 Uhr

Stadtteil Zaborze: Mittwoch, 25. September, „Vereinshaus", abends 6 Uhr;

Stadtteil Hindenburg Nord und Süd: Donnerstag, 26. September, in Eisners „Konzerthaus", abends 7,30 Uhr.

Thema: „Bürgerlich-sozialdemokratische Magistratsherrschaft und ihre Auswirkung auf die arbeitende Bevölkerung."

Ortsleitung der KPD. Groß-Hindenburg.

Arbeiter von Nazis niedergestochen

Am Sonnabend, in der Abendstunde, zog ein Trupp von uniformierten Nazis nach Mathesdorf zu einer öffentlichen Naziversammlung. Unterwegs, auf der Galdastraße, überfielen diese Mordgesellen einen Arbeiter und verletzten denselben erheblich durch Messerstiche. Polizei war nicht zu sehen, und erst hinzueilende Arbeiter verjagten das Faschistengesindel. Der Messerheld soll ein gewisser Hartmann von der Heinrichstraße sein.

Arbeiter, wie lange noch soll das Faschistengesindel Arbeiter überfallen? Von der Ausbeuterrepublik wird das faschistische Treiben sanktioniert. Der RFB. ist verboten. Darum, Arbeiter, bildet sofort in den Betrieben einen proletarischen Selbstschutz. Rüstet zur Gegendemonstration gegen den Stahlhelmaufmarsch am 29. September in Beuthen!

Drei Opfer des Grubenkapitals

Ein Todesopfer

Am Freitag forderte die unmenschliche Antreiberei und Ausbeutung in den Gruben wieder drei Opfer.

Auf dem Westfeld der Königin-Luise-Grube wurde der Häuer Warhalz von hereinstürzenden Kohlenmassen verschüttet. Mit großer Mühe wurde er schwer verletzt geborgen. Bald nach seiner Einlieferung in das Knappschaftslazarett ist der Kamerad W. aber seinen Verletzungen erlegen. Auf der gleichen Anlage wurde der Hauer Kothrba ebenfalls verschüttet. Lebensgefährlich verletzt konnte er geborgen werden.

Auf den Delbrückschächten wurde Freitag ebenfalls der Fördermann Kolodziej verschüttet. Mit schweren Kopf- und Rückenverletzungen wurde er ins Knappschaftslazarett eingeliefert.

Fast kein Tag vergeht ohne größere Unfälle. Alle diese Unfälle sind auf die erhöhte Ausbeutung zurückzuführen. Kumpels, macht Schluß damit. Erkämpft euch höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen!

Nach der Fürsorgeerziehung mit Lumpen bedacht

A. K. Ein junger Arbeiter ist jetzt nach fünfjährigem Aufenthalt aus der Erziehungsanstalt Grottkau entlassen worden. Fünf Jahre lang hat das Opfer der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in der Anstalt, oft unter Prügeln, geschuftet. Jetzt ist er, volljährig, entlassen worden und kann sehen, wie er weiter lebt. Außer einem pfäffischen Geleitwort bekam dieser junge Mensch auf seinen ferneren Lebensweg von der Anstalt für die fünfjährige Arbeit

ein Bündel zerrissener Sachen

und ein Sparkassenbuch mit 8 Mark Einlage. Das Jugendamt hat für diesen jungen Menschen auch nichts übrig.

Der Arbeiter hat diese zerrissenen Lumpen der Anstalt zurückgeschickt. Er wird versuchen, ohne dieses schäbige Abgangsgepäck aus der Anstalt sich durchs Leben zu schlagen.

Dieser Fall wirft wieder einmal einen Lichtstrahl auf die Zentrumsherrschaft in Oberschlesien. Eine Luderwirtschaft wird mit den Geldern der Provinz getrieben. Die Opfer der Zentrumspolitik werden aber mit Lumpen bedacht.

Beuthen

Katholisches und evangelisches Pfaffentum vereint

Am Sonntag wurde hier das neue evangelische Gemeindehaus eingeweiht. Die Einweihung stand im Zeichen des gemeinsamen nationalistischen Kampfes für die Interessen der Bourgeoisie. Und was bis jetzt in Oberschlesien noch nicht vorkam, ist bei diesem Rummel der Einweihung geschehen.

Der katholische Pfarrer Niestroj eilte, stürmisch begrüßt, in die Arme der evangelischen Pfaffen und schloß mit diesen eine Einheitsfront.

Auch der fromme Zentrumspräsident Lukaschek nahm hocherfreut an dem evangelischen Rummel teil.

Damit haben die Pfaffen endlich ihre Maske fallen gelassen. Sie kennen keine Barrikaden mehr zwischen dem evangelischen und dem katholischen Glauben. Beide stehen vereint für die Bourgeoisie. Arbeiter, und besonders ihr katholischen Arbeiter, erkennt endlich, daß die Pfaffen beider Konfessionen euch nur verdummen. „Religion ist Opium fürs Volk." Macht Schluß mit der Verdummung! Heraus aus der Kirche!

Nazikomödie

A. K. Die Nazis hatten hier am Freitag eine schlechte öffentliche Versammlung. Einen Parteijüngling aus Hamburg hatten sie sich extra als Referent verschrieben, um die Pleite noch größer zu machen. Diese Nazileuchte konnte in der Versammlung außer der üblichen Hetze nur einige faule Witze reißen. Auf verschiedene Zwischenrufe gerieten die Nazis ganz aus dem Häuschen und wollten die Arbeiter durch die Polizei aus dem Saale werfen lassen, was ihnen aber nicht gelang. In der Diskussion rechnete Genosse Drzymalla anständig mit diesen politischen Clowns ab. — In einigen Tagen wollen die Nazis nochmals hier ihr Glück versuchen und einen Hitler-Banditen aus Nürnberg sprechen lassen. Sie werden dabei noch eine größere Pleite erleben müssen. Die Arbeiter werden sich die Nazikomödien erst nicht mehr ansehen.

Ratibor

Auswärtige Pfaffen kommen nach Oberschlesien schnorren

K. K. In der Ostroger katholischen Kirche hielt ein auswärtiger Geistlicher eine Predigt, die den Zweck hatte, die anwesenden Schäflein zu schröpfen. Die wesentlichsten Kernpunkte seiner Predigt bestanden darin, den Kirchenbesuchern zu erzählen, daß es in seinem Wirkungskreis Brandenburg und Niederschlesien sehr viel Kommunisten gäbe und die vorhandenen Kirchen bei Gottesdiensten fast leer wären. Eine der im Bau befindlichen Kirchen könnte nicht fertiggestellt werden, da kein Geld vorhanden und die dortigen Bewohner nichts für den Kirchenbau übrig hätten. Nach der gehaltenen Predigt stieg der Geistliche selbst unter die Kirchenbesucher, um zu schnorren. Die oberschlesischen Kirchenbesucher sollen dazu herhalten, den Geldsack der Kirche zu füllen, da man in Brandenburg und Niederschlesien keine Spender finden kann. Trotz seiner schwungvollen, von Kommunistenhatz durchsetzten Schnorrpredigt fand der Schnorrer einen schlechten Boden.

Hoffentlich machen es die Oberschlesier in Zukunft auch so wie die Schäflein der schnorrenden Prediger und geben keinen Pfennig der unersättlichen Kirche.

Stelling a. D.

Einen bösen Reinfall erlebte am Freitag, dem 20. September, die SPD. in Nensa mit ihrer angekündigten öffentlichen Versammlung. Nachdem die geringe Anzahl von Versammlungsbesuchern bis 21 Uhr auf die Eröffnung der Versammlung gewartet hatte, wurde ihnen nicht durch die anwesenden Honoratioren, wie Betriebsräte und der Vorsitzende der SPD., sondern durch die anwesende Feuerwache mitgeteilt, daß der Referent, Ministerpräsident a. D. Stelling, nicht erschienen sei und somit die Versammlung ausfalle. Man murmelte so privatim etwas von einer „Autopanne", aber keiner der anwesenden SPD.-Größen hatte den Mut, wenn auch in einer kurzen Ansprache, die „Pannen"-Politik der SPD. zu vertreten. Stelling hat vielleicht auf Grund der Mißerfolge der vergangenen Versammlung auf eine Gastrolle in Nensa verzichtet.

Oeffentliche Stadtteilversammlung

Die Kommunistische Partei, Ortsgruppe Ratibor, veranstaltet am Mittwoch, dem 25. September, abends 7 Uhr, im Lokal Ranocha (Ostrog), Raudener Straße, eine öffentliche

Stadtteilversammlung

mit der Tagesordnung: „Die wirtschaftlich-politische Lage und die kommenden Kommunalwahlen." Wir laden die Arbeiter hiermit ein, an dieser Versammlung teilzunehmen.

Cosel

Oeffenliche Versammlung in Reinschdorf

Am Sonntag hat die noch junge Ortsgruppe der KPD. eine öffentliche Versammlung abgehalten. Der Besuch war ein sehr guter. Der Referent, Genosse Walczuch, sprach über die politische Lage und zu den Kommunalwahlen. Die Anwesenden bekundeten alle ihre Solidarität mit der KPD. Einige Neuaufnahmen für die KPD. und Sammlung von 6 Mark zur Unterstützung des Kampfes der KPD. waren das Ergebnis dieser Versammlung.

Oppeln

Nochmals Justizkomödie im Falle Dr. Knaak

Freitag stand der faschistische Schreiberling der „Oberschlesischen Tageszeitung", Dr. Knaak, in der Berufungsverhandlung vor Gericht. Auf den Freispruch der ersten Instanz legte seinerzeit der Staatsanwalt Berufung ein. Wir haben schon von vornherein gesagt, daß auf die erste Justizkomödie eine zweite folgen wird. Es kam so. Das Gericht rollte in der Verhandlung nochmals die Hetze des Dr. Knaak zum Ueberfall auf die polnische Theatervorstellung auf. Obwohl an der Aufputschung zum Ueberfall durch die nationalistische Presse kein Zweifel war, fällte das Gericht wieder einen Freispruch.

Wir haben nichts anderes erwartet. Die Klassenjustiz ist die Beschützerin der Faschisten. Die Freisprüche gegen die Faschisten werden dann schon um der Gerechtigkeit (!) willen mit unerhörten Urteilen gegen Kommunisten wettgemacht. Donnerstag wird gegen den Genossen Girndt verhandelt. Dieses selbe Gericht wird wegen der vier Worte, „Rot Front trotz alledem", einige Monate Gefängnis aussprechen, weil es sich eben um einen Kommunisten handelt.

Die Arbeiterschaft muß den schärfsten Kampf gegen diese Klassenjustiz organisieren. Für einen Revolutionär, der verurteilt wird, müssen zehn neue in die Front rücken.

Von der Arbeiter-Schalmeienkapelle

Am Sonnabend, dem 28. September, findet im Schützenhaus die Gründungsfeier des Arbeiter-Schalmeienvereins statt. Anschließend Tanz. Die Arbeiterschaft und die proletarischen Organisationen sind dazu freundlichst eingeladen.

Auszahlung von Winter- und Beschaffungsbeihilfen an Kriegsopfer

Die Zahlung der Beschaffungsbeihilfen für Kriegerwaisen sowie der Winterhilfsmaßnahmen für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene findet Mittwoch, den 25. September, von vormittags 9 Uhr ab in der Zahlstelle des Wohlfahrtsamtes, Malapaner Straße, in den Baracken, statt.

Versammlungskalender

Zaborze. Donnerstag, den 26. September, 19 Uhr, im Vereinszimmer Przybilla, Brojatstraße, öffentliche Frauenversammlung.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Am Sonntag, dem 29. September 1929

findet in Hindenburg eine

Konferenz der revolutionären Betriebsräte

aus ganz Oberschlesien statt. Arbeiter, verlangt überall eine Belegschaftsversammlung und delegiert eure Betriebsräte und Kandidaten zu dieser Konferenz.

Unterstützt durch Sammlungen die revolutionäre Betriebsrätebewegung.

Beuthen

Das führende Haus für Beleuchtungskörper, Heiz- u. Kochapparate, Radioapparate, Radioteile
Beuthen OS. Licht und Kraft Hindenburg
Gymnasialstr. **S. Wolfsohn GmbH.** Friedr.-Karl-Str. 1b
11347

Gebr. Markus & Baender
Ring 23 — Damen-Konfektion, Wäsche, Wollwaren, Trikotagen
11363

M. Skrzypczyk
Spezialhaus für moderne Herren- u. Knabenbekleidung
Jetzt Ring 21, bedeutend vergrössert
11363

Färberei Kurt Müller
Beuthen: Bahnhofstr. 6 Piekarerstr. 64
Krakauer Str. 1 Roßberg, Scharley rstr. 84
Hindenburg: Kronprinzenstrasse 98
Gleiwitz: Dorotheenstrasse 39, Tarnowitzer Str. 2, Germaniaplatz 1
11372

Achtung! Telephon 3817 **Achtung!**
ff. Roßschlächterei Max Poloczek, Lange Str. 18
Feine Wurst- und Fleischwaren und Frühstückstube
Obst und Gemüse, Groß- und Kleinhandel
Jeden Dienstag und Freitag am Markt Moltkeplatz
11418

Ign. Kuballas Bäckerei u. Konditorei
Telephon 3635 Tarnowitzer Straße 43 Telephon 3635
Erste Bezugsquelle für alle Feste
Spezialität: Karlsbader Zwieback
Graham-Brot, Schlüter-Brot u. Wiener Bäckerei
11223

Molkerei Bachmann Telephon 4404 Telephon 3586
ff. Meierei-Produkte und täglich frische Milch erhältlich in allen Filialen und Wagen, Hauptgeschäft und Molkerei
Kasernenstraße 16
11272

Arbeiter
kauft eure Milch und Molkereiprodukte nur in der
Milchversorgung Beuthen OS. G.m.b.H.
und ihren Filialen und Wagen. Karl Rosunek
11259

Reserviert

F. Schlesinger, Ring 21
Gr. Auswahl in Hüten und Mützen
11363

Kaufhaus J. Hamburger
Friedrich-Ebert-Straße 13
Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion
Wäsche, Trikotagen etc.
11364

Beerdigungsinstitut
Scharleyer Straße 62 :: Tel. 3042
11365

Brot- und Weiß-Bäckerei
Georg Galinsky / Telephon 4573
Fleischer-, Ecke Lange Straße
11262

Kolonialwaren / Lebensmittel
Viktor Stoklossa, Kluckowitzer Str. 4
11218

ff. Fleisch- und Wurstwaren
Paul Schibalski
Hohenzollernstraße 6
11263

Bäckerei
Konditorei und Café
ff. Backwaren, dreimal täglich frisch
Jos. Kruppa, Tarnowitzer Straße 19
11367

Schuhwaren kaufen Sie billigst im
Oberschl. Schuh-Vertrieb
Schießhausstr. 6, Am Marktpl.
11346

E. Paulsen & Co., Ring 5
Größtes Spezialhaus
für mod. Herren- u. Knabenkleidung
Durch eigene Herstellung
höchste Leistungsfähigkeit
11369

Bäckerei und Konditorei
Leo Dembonezyk, Karlstraße 2
Telephon 2262
Filiale: Reichspräsidentenplatz 5
11265

Kolonialwaren — Drogen
Josef Slopp, Sedanstraße 15
11257

Böhms Bierstuben
Verkehrslokal aller Standesgenossen
11427

Leder — Linoleum
Emanuel Pinczower, Ring 13
11413

Teppiche, Polsterwaren, Gardinen
E. Bindseil, Tarnowitzer Straße 42
11410

Pagodas Gasthaus, Königshütter Chaussee 1
Angenehmer Familienaufenthalt
Bürgerlicher Mittagstisch
11280

Theodor Stoffel
Kolonialwaren — Feinkost — Spirituosen
Hindenburgstraße 9
11225

Pommersche Laden / Max Britschkowski
Scharleyer Straße 62
Herings-Großräucherei
11266

Rudolf Nokel, Dyngosstraße Nr. 38
Kolonialwaren — Delikatessen
11223

Brot- und Feinbäckerei
Otto Dost, Tarnowitzer Chaussee 29
11254

Warmer Klöppelspitzen-Zentrale
Nur Lange Straße 27
11425

Max Heilborn, gegenüber der alten Kirche
Kleiderstoffe und Seidenstoffe
— enorm billig —
11424

Kolonialwaren, Weine
Tabak, Zigarren
Wilhelm Nowak, Piekarer Straße 94
11421

Max Bartarek, Dyngosstraße
Kolonialwaren — Lebensmittel
Zigarren — Zigaretten — Tabak
11420

H. Böhm & Co., Große Blottnitzastraße 39
gegenüber der Ortskrankenkasse
Herrenartikel — Weiß- und Wollwaren
11416

St.-Hyazinth-Drogerie / Roßberg
Farben — Lacke — Parfümerien
gewährt allen Genossen 10 Prozent Rabatt
11422

H.F.S.
Haus für Geschenke
Einheitspreise / Nur vier Preise
1 Mk. — 2 Mk. — 3 Mk. — 6 Mk.
Kaiser-Franz-Joseph-Platz 3
11411

Paul Köhler, Bahnhofstraße 39
Uhren, Gold- und Silberwaren
11279

Josef Weiß, Nflg. Inh. Emil Rack
Kolonialwaren und Delikatessen
Tabak und Spirituosen
Beuthen, Tarnowitzer Strasse
1137-

Möbelhaus Kutsche
Inhaber: Johannes Kaikowski
billige und gute Möbel
Erleichterte Zahlweise!
Große Blottnitzastraße 30
im Hause der Allgem. Ortskrankenkasse
11261

Restaurant
Große Blottnitzastraße 36, durch den Flur
Angenehmer Familienaufenthalt
11260

Bekleidungshaus
S. Kornreich & Co.
Gartenstraße 4 11419

Bäckerei u. Konditorei
S. Gmyrek
Scharleyer Straße 11276

Fleischerei
Anton Sladeczek
Sedanstraße 8 11269

Bäckerei u. Konditorei
Leo Ortenburger
Scharleyer Straße 100 11277

Rudolf Walloschek
Telephon 2361
Hohenzollernstraße 28
Bäckerei und Konditorei
ff. Backwaren
Spezialität: Landbrot „Perle"
11268

Gebr. Palkert
Gleiwitzer Strasse 5
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Diverse Aufschnitte
11412

V. Pallus
Ring 4
Hüte / Mützen
Spezialgeschäft: sämtl. Herrenartikel
11 55

Matuschets Bäckerei
ff. Backwaren
tägl. frische Semmeln
Hohenzollernstr. 20
Fil.: Gymnasialstr. 3
11278

Destillat., Likörfabrik
Peter Golla
Gr. Blottnitza Str. 36
Angenehm. Aufenth. aller Werktätigen
11426

Dampfbäckerei
Albert Kabus
Dyngosstr. 35
11274

Dampfbäckerei
ff. Backwaren
täglich frisch
Paul Sezensny
Sadowastrasse 1
11256

Bäckerei und Konditorei
Joh. Schmidt, Dyngosstr. 61
11217

Likörfabrik
und Weingroßhandlung
Josef Rekus
Kleine Blottnitzastraße 24
Krakauer Straße 11
11417

Drogerie Josef Malorny
Drogen- und Farbenhandlung
Ring 9/10
Filiale: Tarnowitzer Straße 3
11415

„Glück Auf"
Oberschlesiens größtes Putzgeschäft
Konkurrenzlos niedrigste Preise
Ring 6
11273

Im Spezialhaus für Wollwaren
Friedrich Freund
Tarnowitzer Straße 48
kaufen Sie reell und preiswert!
11423

„Zum Patenhofer"
Geschäftsf. Fritz Kalis
Friedrich-Wilhelm-Ring 4
Gutgepflegte Getränke, kräftiger Mittagstisch
Angenehmer Familienaufenthalt
11371

Hans J. Pagel
jetzt Ring 9, Ecke Schießhausstraße
Damen-, Backfisch- u. Kinderkonfektion
fabelhaft billig!
11271

Bäckerei und Konditorei
ff. Backwaren, tägl. frische Semmeln
Paul Schwan, Dyngosstraße 1
11224

Fr. Mikeskas Gaststätte
Richard Gierschner, Krakauer Str. 34
Liköre / Weinbrände / Weine usw.
in besten Qualitäten
11220

Dampfbäckerei
Joh. Mücke, Dyngos-, Ecke Kluckowitzer Straße / Filiale: Bahnhofstraße 17
11219

Wilhelm Weiß, Beuthen
Löwen-Drogerie / Krakauer Straße 19
Drogen / Farben / Lacke
Seifen und Parfümerien
11414

Drogen- und Farbenhandlung
Carl Franzke Nachf., Krakauer Str. 32
Gegr. 1894 Fernruf 4909
11275

Johannes Rack
Schneiderstraße 2
Spirituosen, Weine, Zigarren
11221

Hugo Kosak, Friedrich-Wilhelm-Ring 5
Schokoladen- und Zuckerwaren-Großhandlung
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
11267

H. Juraschek, Schneidermeister
Große Blottnitzastraße 16
empfiehlt erstklassige Maßarbeit
11258

Tapetenhandlung
Sackur-Söhne / Gymnasialstraße 14a
11264

Reserviert

Gleiwitz

Das größte führende Unternehmen Oberschlesiens der **Herren- und Knaben-Bekleidungs-Industrie**
Walter & Co.
Gleiwitz, Wilhelm-, Ecke Markgrafenstraße
11253

St. Anna-Drogerie Drogen, Farben, Chemikalien, Artikel z Krankenpflege, Spirituosen, Weine
11307 Inhaber: Toltin, Nikolaistr. 40 Liköre, Krankenweine, Photoartikel
Spezialität: Tutogen-Fichtennadel-Badesalz (1/4 Pfund nur 40 Pfennig)

Bobrowsky & Zellner, Gleiwitz, Ring
Spezialgeschäft für Manufaktur- und Modewaren, Seiden, Kleiderstoffe, Gardinen, Leinen, Baumwollwaren
11304
Einkaufsquelle der organ. Arbeiterschaft :: Mitglied des Rabattsparvereins

Möbel-Kramny
Ecke Preiswitzer Neuewelistraße
11300
Beim Fachmann kaufen, heißt billig kaufen. Einkaufsquelle d. org. Arbeiter

Georg Gollers
Oberstraße 33
ff. Fleisch- und Wurstwaren
11462

Hugo Brinzpeter, Bleigießstraße 7
Haus- und Küchengeräte, Leder, Damen- und Herren-Wäsche, Manufaktur- und Kurzwaren
11463

Arthur Hensel
Karlstraße Nr. 9 11302 Fischräucherei

Feine Fleisch- und Wurstwaren
ERICH RUDA
Plesser Straße 4 11281
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft

Alle Krankenkassenbrillen
sorgfältigst und aufmerksam
Georg Bache & Co.
Gleiwitz, Wilhelmstr. 21 11318
Spezial-Abt.: Foto-Apparate und aller Bedarf

Gebr. Pawrosio
Turmstrasse 7
Fabrikat. fein. Fleisch- u. Wurstwaren
11410

Brillen-Böhm **Optiker**
Wilhelmstr. 24
11461

Brillenoptik-Bornemann
das Fachgeschäft für Optik und Photo
Inh. Walter Bornemann
Staatlich geprüfter Optiker
Wilhelmstraße 3 / Fernruf 3927
11234

Sanitätshaus E. Walter
Ebertstraße 10
Bandagen, Kunstglieder
Gummiwaren
Annahme von Krankenkassenrezepten
11295

Hausfrauen
euer
Kolonialwaren-Konsum
ist Karl Freitag
vorm. P. H. Hirsch, Turmstraße 4/6
11309

Hausfrauen!
Kauft
eure Kolonialwaren
nur bei
August Wluka, Mauer-, Ecke Lange Str.
11296

Valentin Kubla
Fleischmarkt Nr. 1
Mehl / Gegräupe / Hülsenfrüchte
zu den niedrigsten Tagespreisen
11288

S. Robert
Destillation und Likörfabrik
Bierstuben
Gleiwitz, Kronprinzenstraße 21/23
Telephon 3060
11287

Paul Goretzki
Niederwallstraße 22 / Kiosk: Fleischmarkt
Zigarren — Zigaretten — Tabake
11293

H. Schmidt, Uhren und Goldwaren
Trauring-Ecke — Beuthener Straße 2
11301

Hugo Feig, Gleiwitz, Nikolaistraße 29
Manufakturwaren — Tücher — Stoffe
Seiden — Inletts — Ziechen
Niedrige Preise! Reelle Bedienung!
Gegen Ausweis Teilzahlung gestattet!
11303

R. Danziger // Nikolaistraße 26
Damen-, Backfisch- und Kinderkonfektion
Billigste Bezugsquelle für Arbeiter
11305

Hermann Schilling / Uhrmacher
Nikolaistraße 21
Reparaturen billig und gut
Ein Versuch überzeugt Sie!
11308

Wilhelm Aschner
Kolonialwaren: Klosterstraße 17/19
Weine u. Spirituosen: Klosterstr. 11
11291

Hausfrauen!
Brot und Konditorwaren
bei G. Gahl, Hedwigstraße 2
11292

Hausfrauen!
ff. Fleisch- und Wurstwaren
bei Hans Liboschik, Tarnowitzer Str. 13
11298

Artur Bernard, Preiswitzer Straße 10
ff. Fleisch- und Wurstwaren
Einkaufsquelle der org. Arbeiterschaft
11297